BEILAGE: Kampf dem Mitbestimmungsschwindel 1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 14 vom 6. April 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Wahlschlappen der SPD-Regierung

Krise der SPD ?

Krise des Kapitalismus !

Schlappen für die SPD bei Landtags- und Kommunalwahlen. Viele, die bei der letzten Bundestagswahl der SPD als dem gegenüber der CDU/CSU kleineren Übel ihre Stimme gegeben haben, versuchen bei den Wahlen ihrer Empörung über die Tatsache Luft zu machen, daß die SPD sich als Regierungspartei keinesewgs als das kleinere Übel erweist, sondern daß sie im Interesse des Monopolkapitals die verschärfte Ausplünderung und Unterdrückung der Werktätigen betreibt. Aber der Wahlzettel bringt keine Lösung.

Die bürgerliche Propaganda will uns einreden: Inflation, Kurzarbeit, steigende Arbeitslosenzahlen – die Ursache für diese Erscheinungen sei die schlechte Politik der Regierung, die SPD stecke in einer Krise, sie sei in Fraktionen zerstritten, sei führungslos usw. Die Bundestagswahl 72 wurde von den Kapitalisten als Ringen zwischen der Unternehmerpartei CDU/CSU und der SPD als der Partei des "Sozialismus" aufgezogen. Jetzt versucht die Bourgeoisie an diese verlogene Schmierenkomödie mit der Behauptung anzuknüpfen, die wachsenden Krisenerscheinungen seien das Ergebnis der "sozialistischen Experimente" der SPD.

Inflation, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, die höchste Steigerung des Rüstungsetats seit Bestehen der Bundesrepublik, Polizeiterror, fieberhafte Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppen, Vorantreiben der Faschisierung des imperialistischen Staatsapparats – das sind keine "sozialistischen Experimente", das ist die Politik des Monopolkapitals, durch die es einerseits versucht, die Folgen der unheilbaren wirtschaftlichen und politischen Krise des Kapitalismus auf die Werktätigen abzuwälzen und sich andererseits gegen die drohende proletarische Revolution zu rüsten.

Daß es in Wirklichkeit nicht um die schlechte Politik einer Regierung des Monopolkapitals geht, sondern um die Krise des kapitalistischen Systems, wird schon daran deutlich, daß die gleichen Krisenerscheinungen wie bei uns praktisch in allen kapitalistischen Ländern auftreten. Wenn die bürgerliche Presse aus der Krise des Kapitalismus eine Krise der SPD macht, dann ist das der krampfhafte Versuch, den rapiden Verfall des Vertrauens der Massen in den Parlamentarismus aufzuhalten, indem die Illusion wieder aufpoliert wird, daß durch die Wahl einer anderen Partei auch die Krise abgewählt werden könne.

Gewiß, ein nicht unbeträchtlicher Teil der Wähler hat sein Kreuz bei der CDU gemacht, um der Regierung einen Denkzettel zu verpassen. Aber nicht die CDU/CSU, über deren Charakter als Partei des Kapitals es in der Arbeiterklasse kaum Illusionen gibt, ist die Waffe der Bourgeoisie, mit der sie das Proletariat an den bürgerlichen Parlamentarismus – und damit an den Kapitalismus – zu ketten versucht.

Hier liegt die Aufgabe der modernen Revisionisten von der D'K'P. Wo die Empörung über die Maßnahmen der Regierung in Haß auf das kapitalistische System umschlägt, treten sie in Aktion und behaupten, der Kapitalismus könne durch Wahlen abgeschafft, der Sozialismus auf parlamentarischem Wege verwirklicht werden. Sie treten als "Kommunisten" auf, um die Massen vom Weg des Kommunismus, der proletarischen Revolution abzuhalten.

Die proletarische Revolution, der gewaltsame Sturz des Kapitalismus – das ist der einzige Weg aus Ausbeutung und Unterdrückung, der einzige Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse. "Weg mit der SPD-Regierung!" – damit wäre nichts gewonnen. "Weg mit dem Kapitalismus!" – das ist die Losung, die den Weg weist.



Im Kampf gegen die parlamentarischen Illusionen, die die Bourgeoisie verbreitete, wies die KPD/ML 1972 bei den Bundestagswahlen der Arbeiterklasse den revolutionären Ausweg.

IGM-Bonzen, D'K'P und Kapitalisten:

Schattenboxen für die Klassenversöhnung

Mitte letzter Woche konnte die bürgerliche Presse in groß aufgemachten Schlagzeilen über eine ganz neue Art von Protestbewegung berichten: 3.000 Kapitalisten waren einem Aufruf des "Unternehmerverbandes" zu einer Protestkundgebung gegen das geplante Mitbestimmungsgesetz gefolgt. Hundert Demonstranten versuchten diese Kundgebung zu stören. Sie drangen mit gefälschten Eintrittskarten in den Kundgebungssaal ein, brachten eine rote Fahne mit, riefen in Sprechchören "Ausbeuter" und schlugen sich mit einzelnen Kapitalisten. Diese hundert Demonstranten kamen aus der Ecke, die sonst als "staatserhaltend" und vernünftig gelobt wird, aus den Reihen der IGM-Funktionäre und der D'K'P.

Was veranlaßt die Kapitalisten plötzlich zu Demonstranten zu werden? Was veranlaßt den IGM-Apparat und die D'K'P mit militanten und sogar illegal anmutenden Methoden gegen die Kapitalisten vorzugehen?

Es ist die geplante Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes, nach den Worten der Regierung ein Schritt vorwärts im bundesdeutschen Sozialstaat, ein Schritt in Richtung des "demokratischen Sozialismus". Allerdings ist weder für die Regierung, noch für das Kapital und den DGB zu übersehen, daß bei diesem "Arbeitererfolg" bis jetzt die Arbeiter fehlen, die diesen Erfolg verlangen. Auch die seit Jahren dauernde Diskussion um die Mitbestimmung hat nicht vermocht, die Arbeiter für die Mitbestimmung zu begeistern. Sie war und ist bis heute ein Gefecht zwischen Ministern, Kapitalisten und Bonzen geblieben.

In den spontanen Kämpfen der Arbeiter dagegen bildeten sich immer klarer Forderungen heraus, die objektiv gegen die Mitbestimmung, gegen die Klassenversöhnung gerichtet sind. So hieß es zum Beispiel beim Hoesch-Streik: "Die Arbeiter kämpfen, die Arbeiter siegen, die Hoesch-Kapitalisten werden unterliegen!" Und das in einem Betrieb, der bereits "mitbestimmt" wird.

Deshalb heißt es für das Kapital vor der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes zum Endspurt anzusetzen. Denn eine Mitbestimmung, die so offensichtlich von oben diktiert ist, würde ihren Zweck, die Arbeiterklasse ideologisch zu zersetzen, natürlich verfehlen. Den Anfang dazu bildete die Protestinszenierung in Köln, wobei die Monopolkapitalisten die tatsächliche Abneigung von kleineren und mittleren Kapitalisten gegen die Mitbestimmung für ihre Zwecke ausnutzen.

Schleyer vom "Unternehmerverband" konnte nicht genug vor der Mitbestimmung warnen. Er sprach von gewerkschaftlicher Machtübernahme. Er warnte davor, daß die Kräfte, die die Mitbestimmung fordern, im Grunde noch viel gefährlicher für das Kapital seien als die Kräfte, die offen den Umsturz fordern. Das ist nichts anderes als Munition für die D'K'P, die sich nun auf den Vorsitzenden des Unternehmerverbandes höchstpersönlich berufen kann, um den "friedlichen Weg zum Sozialismus" als die einzig wirkliche Gefahr für das Kapital hinzustellen, um die KPD/ML und die bewaffnete Revolution als Hilfe für die Reaktion zu verhetzen. Zu diesem roten Anstrich von D'K'P und DGB-Apparat paßt ihr Auftreten bei dieser Protestkundgebung. Wo es um die Durchsetzung der Idee der Klassenversöhnung geht, zögern sie, die bei den Kämpfen der Arbeiter jede Militanz verteufeln, auch nicht, einmal militant aufzutreten. Aber die Fäuste, die sie hier gegen die Kapitalisten erheben, sind die gleichen, die bei anderer Gelegenheit die fortschrittlichen Arbeiter und vor allem die Marxisten-Leninisten treffen. Und sie werden zum gleichen Zweck erhoben: im Dienst des Kapitals, im Dienst der Konterrevolution.

Das zeigte sich deutlich an den Parolen, unter denen hier demonstriert wurde. "Was der Betrieb auch unternimmt, alles gehört mitbestimmt" – hieß es zum Beispiel. Offener kann man kaum sagen, wofür hier von "unten gekämpft" werden soll, wie die D'K'P sagt: für die Mitbestimmung an der Ausbeutung, für die Abwälzung der Lasten der sich verschärfenden Krise auf den Rücken der Arbeiterklasse. Damit aber vor allem für die Mitbestimmung am Kampf der Bourgeoisie um die Erhaltung ihrer politischen Macht.

Der bisherige Entlassungsterror in den Betrieben, die Verschärfung der politischen Unterdrückung, der Anti-Kommunistenbeschluß verschiedener DGB-Gewerkschaften und nicht zuletzt die konterrevolutionäre Hetze der D'K'P zeigen, gegen wen die Bourgeoisie vor allem ein solches Mitbestimmungsgesetz nötig hat: gegen ihren Todfeind, die KPD/ML, gegen die wachsenden Sympathien für die Ideen des Kommunismus.

NIEDER MIT DEM ARBEITERFEINDLICHEN, IMPERIALISTISCHEN DGB–APPARAT!

NIEDER MIT DER D'K'P/'S'EW, DEN SCHLIMMSTEN FEINDEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG, DEN VERRÄTERN AM KOMMUNISMUS!

NIEDER MIT DER MITBESTIMMUNG!

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

Syrien: Widerstand gegen Diktat der Supermächte

Ein Gesprächsthema zwischen Kissinger und Breshnew in Moskau war die Situation im Nahen Osten. Beide Supermächte sind sehr beunruhigt: Syrien widersetzt sich entschlossen dem Diktat der beiden Supermächte, einen "Frieden" auf Kosten des palästinensischen Volkes und aller arabischen Völker zu unterschreiben. Im Ergebnis der Gespräche werden die Sozialimperialisten noch mehr sowjetische Juden nach Israel auswandern lassen und noch mehr Druck auf Syrien ausüben, auf der Nahostkonferenz in Genf die Bedingungen der Supermächte hinzunehmen.

Seit fast drei Wochen führen die syrischen Truppen an den Golanhöhen den Kampf gegen die israelischen Aggressoren, die alle Anstrengungen unternehmen, die Golanhöhen in eine militärische Festung des Zionismus zu verwandeln. Zum Schrecken der beiden Supermächte stellte der syrische Außenminister erneut fest: Eine Truppenentflechtung kann es nur geben, wenn Israel die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennt und sich formal verpflichtet, alle seit 1967 besetzten arabischen Gebiete einschließlich der Altstadt Jerusalem und die gesamten Golanhöhen zu räumen.

Damit widersetzt sich Syrien den Plänen der beiden Supermächte, die einen Waffenstillstand fordern, aber zugleich die weitere Besetzung arabischer Gebiete durch die Zionisten durchsetzen wollen. Ihr Ziel ist es, im Nahen Osten die Situation "weder Krieg noch Frieden" wiederherzustellen, um in diesem Klima der ständigen Spannung sich als selbsternannte "Dauerschlichter" einzunisten, die arabischen Länder gegeneinander auszuspielen, die Front der arabischen Länder zu schwächen und so die Herrschaft der beiden Supermächte über den Nahen Osten zu errichten.

Bei ihrem Treffen in Moskau haben die Vertreter der beiden Supermächte neue Maßnahmen beschlossen, um ihr Komplott im Nahen Osten gegen die Interessen der arabischen Völker durchzusetzen. So verpflichteten sich die sowjetischen Sozialimperialisten, die israelischen Zionisten, den gemeinsamen Vorposten der beiden Supermächte, noch mehr zu stärken: die Zahl der sowjetischen Juden, die nach Israel geschickt werden, soll beträchtlich erhöht werden. Ebenso versicherte Breshnew Kissinger, den Druck auf Syrien zu verstärken, an der Genfer Nahostkonferenz teilzunehmen – wo die arabischen Länder dem Diktat der beiden Supermächte zustimmen sollen.

Die syrische Regierung aber weigert sich strikt, an der Genfer Nahostkonferenz teilzunehmen, weil Israel – als Vorposten der beiden Supermächte – sich dort Vorteile zu schaffen versuche. Erst wenn Israel die genannten Bedingungen erfüllen würde, werde die Regierung in Damaskus ihre Haltung ändern.

PRÄSIDENT EL-SADAT KLAGT SOZIALIMPERIALISTEN AN:

Lüge und Erpressung aus Moskau!

In einem Interview der Beiruter Zeitung Al-Anwar erklärte der Präsident: Ägypten habe mit blutendem Herzen unter sowjetischem Druck im Oktoberkrieg der Feuereinstellung zugestimmt. Die Sowjetunion habe schon wenige Stunden nach Ausbruch des Oktoberkrieges Druck auf Kairo ausgeübt, das Feuer einzustellen.

Der frühere Sowjetbotschafter in Kairo, Wladimir Winogradow, habe ihm zu diesem Zeitpunkt entgegen der Wahrheit erklärt, Syrien habe sich bereits mit der Feuereinstellung einverstanden erklärt. Hinterher habe sich diese Angabe des Sowjetbotschafters als falsch herausgestellt.
Sadat habe Syriens Präsidenten General Assad am ersten Kriegstag nach der Begegnung mit dem Sowjetbotschafter nach dem angeblichen syrischen Einverständnis gefragt. Assad aber habe abgestritten, um eine Feuereinstellung nachgesucht zu haben. "Ich sagte dem sowjetischen Botschafter, der erneut zu mir kam und dieselbe Geschichte zum zweiten Mal erzählte, daß ich nur Assad glaube."

Am 13. Oktober habe Assad nach eigenen Worten über den britischen Botschafter eine dringende Botschaft des US-Außenministers Kissinger erhalten, in der Kissinger mitteilte, daß er von der Annahme eines Waffenstillstandes durch Ägypten und Syrien unterrichtet worden sei. Er habe daraufhin diese Angaben auch gegenüber dem britischen Botschafter dementiert, sagte Sadat.

Präsident Sadat kündigte an, demnächst in einer Rede "internationale Geheimnisse in Verbindung mit dem Verhalten einiger Großmächte" zu enthüllen.

Zwangsrekrutierung nach Israel

Als ich bei einer Demonstration verhaftet worden war, berichtete mir ein Mann in der Gemeinschaftszelle folgendes:

"Ich bin Israeli, lebe in der BRD verheiratet mit einer deutschen Frau und habe 2 Kinder.

Zu Beginn des "6-Tage-Krieges" 1967 klopfte eines Abends der israelische Geheimdienst bei mir an. Ich wurde von den Beamten aufgefordert, sofort mitzukommen. Ich wollte mich weigern und stellte fest, daß das nicht so "einfach" geht. **Die Agenten erklärten mir, wenn ich nicht "freiwillig" mitkäme, würden sie mich mit Gewalt und mit Hilfe durch die Ausweisung durch die deutsche Polizei holen! Kurz darauf erschienen die Agenten in Begleitung von 2 deutschen Polizisten, die mir erklärten, ich müßte mitgehen, ansonsten würde ich ausgewiesen!**

Gegen Mitternacht kamen wir auf dem Frankfurter Flughafen an, wo weitere 30 bis 40 warteten, die auch gezwungen worden waren. Einige berichteten, sie hätten sich geweigert und seien mit Gewalt abtransportiert worden – den Ausweisungsschein hatten sie auch schon in der Tasche! Am frühen Morgen waren wir in Tel Aviv. Wir wurden eingekleidet und ausgerüstet – und ab gings in Richtung Golan an die Front per Hubschrauber. Dort wurden wir nach zweistündiger Ausbildung im Nachschub eingesetzt.

Und im Oktoberkrieg?
Meine Aufenthaltsgenehmigung für die BRD war abgelaufen, und die deutschen Behörden verweigerten mir die sofortige Verlängerung! Ich sollte erst die BRD für einige Zeit verlassen. **Ich ging also mit meiner Familie auf Urlaub – und dort überraschte mich der neue Krieg. Ich wurde sofort wieder zum Militär gezwungen – und diesmal ging es nach Sinai.**

Nach dem Krieg kehrte ich sofort nach Europa zurück. Doch durch den Krieg versäumte ich einen wichtigen Termin für die Aufenthaltsgenehmigung. Seitdem zieht sich nun mein Antrag auf Verlängerung der Genehmigung hin. Als meine Frau vor 2 Wochen schwer krank wurde, mußte ich erneut einen Termin versäumen. **Gestern abend kam Polizei und verhaftete mich: wegen Gefahr des Untertauchens und illegaler Einwanderung.**

Entwicklungshilfe - ein Instrument imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung

Minister Eppler habe den "Entwicklungsdienst linksideologisch ausgerichtet", zeterte der Bayernkurier. Und Eppler selbst propagierte in der letzten Bundestagsdebatte zur Entwicklungshilfe sein Programm als Alternative zur Politik des Kolonialismus der früheren CDU-Regierung. Nicht zuletzt die Jusos sehen in Eppler eine "fortschrittliche Kraft", seit er der Befreiungsbewegung in Mozambique, der Frelimo, Unterstützung anbot.
Sind die westdeutschen Imperialisten mit Eppler plötzlich zu Fürsorgern der Völker der dritten Welt geworden?

Keineswegs! Epplers Ministerium ist nichts anderes als zu Zeiten der CDU–Regierung ein Koordinationszentrum der westdeutschen Imperialisten für ihren Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt, für die Ausplünderung dieser Völker. Dennoch ist das "linke" Getue Epplers keine persönliche Marotte, sondern ein bewußtes Manöver, um der Arbeiterklasse im eigenen Land sowie den Völkern der Dritten Welt Sand in die Augen zu streuen.

Während Eppler so tut, als sei die deutsche Arbeiterklasse es ihrer internationalen Solidarität schuldig, die Monopole zum Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt zu zwingen, berichtet "Bild" unter dem Titel: "Immer mehr deutsche Firmen fliehen ins Ausland": "Manche Firmen investieren schon seit mehr als einem Jahr keinen Pfennig mehr in Deutschland, weil ihnen Löhne und Gehaltskosten immer schneller davonrennen." Ganz klar: Kapitalexport dient keinem anderen Grund als der imperialistischen Ausbeutung und der Erhöhung der Profite.



VW-Arbeiterinnen in Brasilien verdienen nicht einmal halb so viel wie ihre deutschen Kollegen. 1969 verdiente VW an einem brasilianischen Arbeiter jährlich 4.300 DM mehr als an einem deutschen. Die VW-Schwestergesellschaft in Brasilien, die "Vemag", zahlte 1966 sogar nur einen Stundenlohn von 85 Pfennigen!

Dies aber versuchen die westdeutschen Imperialisten mit ihren Tiraden von "Freundschaft, Hilfe und Solidarität" vor der Arbeiterklasse zu vertuschen – denn schließlich ist es die Arbeiterklasse, die immer höhere Steuern zahlen soll, um dies Programm der imperialistischen Ausbeutung zu finanzieren: So erhalten Firmen, die ihr Kapital in die Dritte Welt exportieren, von Steuergeldern finanzierte, zinsgünstige subventionierte Kredite, werden von Steuergeldern ganze Beteiligungen am Kapitalexport finanziert, um den Monopolen trotz niedrigsten Einsatzes größten Profit zu verschaffen, wird gar den Monopolen das so oft beschworene "Unternehmerrisiko" gänzlich abgenommen: Das exportierte Kapital wird bei Verstaatlichung oder auch Fehlplanung der Konzerne bis zu 95% durch Steuergelder ersetzt Darüberhinaus erhalten sie ausserordentliche Steuervergünstigungen, (1972 allein 280 Millionen DM). Aber ihr Programm der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt tarnen die westdeutschen Imperialisten nicht nur, um die westdeutsche Arbeiterklasse zu täuschen.

Ob in Indochina, im Nahen Osten oder in Afrika – überall führen die Völker der Dritten Welt den Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Versklavung immer heftiger und erfolgreicher. Insbesondere die beiden Supermächte, die auf der Welt am meisten gehaßten und gefährlichsten imperialistischen Räuber, erhalten Tag für Tag gewaltige Schläge der Völker, die um ihre Freiheit kämpfen.

Aufstrebende Imperialisten wie die französischen und die westdeutschen versuchen, diesem Schicksal, das auch auf sie unweigerlich zukommt, zu entgehen, indem sie sich als "friedliche Alternative" zu den Supermächten propagieren, um selbst verstärkt in diese Länder einzudringen. Nicht anders sind die Versuche der EG zu werten, sich gegenüber den arabischen Ländern von der offenen Aggression der US–Imperialisten abzugrenzen; nicht anders ist es zu bewerten, wenn Eppler der FRELIMO, die kurz davor ist, die portugiesischen Kolonialherren endgültig aus Mocambique hinauszuschmeißer, Unterstützung anbietet: Es ist der Versuch, sich dort rechtzeitig unter dem Mantel des "Freundes" breitzumachen.

Doch wie die FRELIMO das Angebot Epplers entschieden zurückgewiesen und die Taktik der westdeutschen Imperialisten entlarvt hat, so lassen sich auch die anderen Völker der Dritten Welt nicht durch Phrasen hinters Licht führen. Der imperialistischen Ausbeutung, die ihre Lage nachhaltig verschlechtert, werden sie immer entschlossener den Kampf um Freiheit und Revolution entgegensetzen!

"Kontaktbereichsbeamte in Westberlin:

Polizeispitzel an jeder Ecke

Im letzten Monat wurde vom Westberliner Senat eine Neuorganisierung der Polizei beschlossen. Wichtigster Bestandteil der Neuorganisierung ist die Einrichtung von "Kontaktbereichsbeamten", die jeweils nur für wenige Straßenzüge verantwortlich sind. Ab 1. November sollen die ersten 107 Polizisten ihre Tätigkeit aufnehmen, später sollen 800 im "Kontakteinsatz" sein. Ein Senatssprecher: "Die Kontaktbeamten würden sich in ihrem Tätigkeitsbereich durch Besuche bei den Hausverwaltern und Portiers vorstellen und dabei auf ihre Sprechstunden aufmerksam machen." (Tagesspiegel vom 26.3.74)

Gerade in letzter Zeit konnte man Polizeipräsidenten nach Demonstrationen, bei der Verfolgung von RAF-Genossen usw. immer häufiger jammern hören, daß sie kein Vertrauen bei der Bevölkerung genössen, keine Unterstützung gegen die "Radikalen" fänden.

Eine der Antworten auf den wachsenden Haß der Bevölkerung gegen die Polizei, die wachsende Sympathie für revolutionäre Gedanken und Taten ist die Einrichtung dieser "Kontaktbereichsbeamten". Neben den prügelnden und immer häufiger schießenden Polizisten soll der "freundliche Polizist an der Ecke" treten, der auch einmal einspringt, wenn Not am Mann ist. Das ist Wasser auf die Mühlen der D"K"P, bei ihrer Propaganda von den "bösen" und den "guten" Polizisten.

Aber ob die Polizei prügelt oder sich bei der Bevölkerung anbiedert, hängt nicht von ihrer "Willkür" ab, sondern von den Befehlen, die sie als Gewaltorgan des Kapitals zu erfüllen hat. Und was sie auch tun, es richtet sich gegen die Bevölkerung. Wenn der Senatssprecher betont, daß die "Kontaktbereichsbeamten" besonders engen Kontakt mit den Hausverwaltern oder den Portiers halten sollen", dann ist offensichtlich, daß mit der Neuordnung der Polizei ein neues Spitzelsystem gegen die Bevölkerung aufgebaut wird.

Der 1. Mai ist rot. Auch in diesem Jahr ruft die Partei auf, das revolutionäre Banner des internationalen Kampftages der Arbeiterklasse hochzuhalten. Helft bei der Finanzierung der Kampagne zum diesjährigen Roten 1. Mai! Spendet unter dem Stichwort "Roter 1. Mai" auf das Konto des Roten Morgen:
Stadtsparkasse Dortmund,
Nr. 321 004 – 393.

Bei der Angabe der Kontonummer des Roten Morgen, Stadtsparkasse Dortmund, ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Bei dem Aufruf für Spenden zum roten 1. Mai, im Impressum wie auch im Bestellschein ist die Kontonummer 312 004 – 393 angegeben. Diese Nummer ist falsch. Sie lautet richtig:
Stadtsparkasse Dortmund
Nr. 321 004 – 393.

ROTER MORGEN

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 – 466 (Verlag G. Schubert). Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393. Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unser obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

HDW-Hamburg

Zwei Jugendvertreter fristlos entlassen

Am 20. 3. erreichte der Kampf gegen den Gewerkschaftsausschluß der Jugendvertretung bei HDW in Hamburg einen Höhepunkt. Auf einer Lehrlingsversammlung solidarisieren sich die Lehrlinge mit dem Jugendvertreter Wolfgang M., den der Betriebsrat nicht zu Wort kommen lassen will, führen die Versammlung alleine weiter und marschieren schließlich mit hundert Mann zum Betriebsratsbüro.

Eine Woche später bestätigt der gesamte Betriebsrat die fristlose Entlassung von Wolfgang M. und einem anderen Jugendvertreter. Kapitalisten und DGB-Bonzen können jetzt den freigewordenen Platz in der Jugendvertretung mit einem Mitglied des Bundesvorstandes der D'K'P besetzen (genannt D'K'P-Mügo), der bei der letzten Wahl von den Lehrlingen nicht wieder gewählt worden war, aber nun automatisch nachrückt. Diese offene Schützenhilfe des Kapitals für D'K'P-Mügo wird allerdings wohl kaum dazu beitragen, daß die Lehrlinge ihn jetzt eher als Kommunisten und Vertreter ihrer Interessen akzeptieren. Im Gegenteil, die gesamte Belegschaft auf HDW kann nun sehen, wo die Barrikade verläuft: zwischen Kapital, DGB-Apparat und D'K'P auf der einen Seite, den Arbeitern und den Genossen der Roten Garde und der KPD/ML auf der anderen Seite.

Sofort nach dem Beschluß des Betriebsrats über die Entlassung der zwei Jugendvertreter fand eine Protestversammlung von 60 Lehrlingen statt. Innerhalb von 2 Stunden wurden 80 Unterschriften gegen die Entlassung gesammelt. Für den nächsten Tag beschloß die Versammlung, eine Kundgebung vor der Kantine abzuhalten.





Von diesem Plan muß die Ausbildungsleitung Wind bekommen haben. Vor der Frühstückspause schon bearbeiteten die Ausbilder die Kollegen einzeln: "Wenn ihr heute demonstriert, fliegt ihr raus!" Weil die meisten Lehrlinge in der Lehrwerkstatt noch in der Probezeit sind, gelang es, einen Großteil einzuschüchtern.

Der "Kommunistische" Bund, ein opportunistischer Zirkel in Hamburg, schüchterte die Lehrlinge vollends ein. Vorher hatten sie sich schon darüber aufgeregt, daß mit einer roten Fahne demonstriert werden sollte, jetzt machten sie den Kollegen Angst, indem sie herumjammerten, was ihnen alles durch die Demonstration passieren könne. Sie tragen so mit die Verantwortung dafür, daß keine kämpferische Solidaritätsdemonstration der HDW-Jugend zustandegekommen ist.

Noch am selben Vormittag bekam Wolfgang M. sein Entlassungsschreiben. Ein Auto sollte ihn sofort von der Werft fahren. Es gelang ihm jedoch zu entwischen und die Kollegen zu informieren. Ein Meister und 6 Werkschützler wichen ihm nicht von den Fersen. Die Kollegen waren jedoch zu sehr eingeschüchtert, um sich offen auf die Seite der beiden Jugendvertreter zu stellen. So verließen sie erst einmal die Werft.

Am Abend jedoch erschien Wolfgang M. bereits wieder mit Flugblättern der KPD/ML vor dem Tor. Der Kampf gegen die Entlassung der beiden Jugendvertreter und den Gewerkschaftsausschluß der gesamten Jugendvertretung ist mit Sicherheit nicht zu Ende.

DGB-Bonzen zensieren Presse

Am 8. 3. 74 hatte in Kiel die Polizei gegen drei Genossen, die bei der DGB-Hausbesetzung im April 1973 teilnahmen, wild auf die Angeklagten und Zuhörer eingeschlagen. Auf Grund der Aussagen einiger DGB-Bonzen, die die Genossen auch angezeigt hatten, wurden sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilt (Der ROTE MORGEN berichtete). Die üblen Methoden der Kieler Polizei hatten in der Bevölkerung große Empörung hervorgerufen. In der "Hamburger Morgenpost" erschien ein Artikel, in dem Empörung über die Polizeischläger anklang. Den DGB-Bonzen vom Kieler Ortsvorstand allerdings paßte das gar nicht! Der Kreisvorstand des DGB Kiel beschloß auf der engeren Kreisvorstandssitzung vom 12. 3. 74, bei der "Hamburger Morgenpost" zu intervenieren und Zensurmaßnahmen für den verantwortlichen Redakteur des Artikels durchzusetzen.

Prügelnde Polizisten im Gericht – das sind für die Arbeiterverräter des DGB "Gesetzeshüter". Zuschauer, die gegen den Polizeieinsatz protestieren, "johlen" und "toben". Mit dem Hetzartikel in den "Kieler Nachrichten" über den Gewerkschaftsprozeß war man "einmütig zufrieden, da dieser objektiv und wahrheitsgetreu geschrieben war" – so steht es im "Protokoll über die engere Kreisvorstandssitzung am 12. 3. 1974", in der die Kieler DGB-Bonzen über den Prozeßverlauf diskutierten.

"Der Artikel in der Hamburger Morgenpost, Kieler Seite (Redakteur Janßen) gab in seiner Aussage Grund zum Unmut bei allen Vorstandsmitgliedern; man stellte fest, daß diese Berichterstattung auf keinen Fall den Tatsachen entsprach. Der engere Vorstand beauftragte den Vorsitzenden, Koll. Huster, einen klärenden Brief an die Redaktion der 'MP' in Hamburg zu senden und besonders auf die eigenartige Berichterstattung des Herrn Janßen, Kiel, hinzuweisen, zumal dies nicht der erste unsachliche Bericht von Herrn Janßen war."

Auf Grund ähnlicher "klärender Briefe an die Morgenpost" war schon einmal ein Redakteur entlassen worden, der einigermaßen objektiv über den brutalen Polizeiüberfall auf Hamburger Hausbesetzer berichtet hatte.

Das ist nichts anderes als Pressezensur! Diese Kapitalistenknechte, die sonst demagogisch den Mund aufreißen über die "Pressefreiheit in Westdeutschland", betreiben in Wirklichkeit die gleichen schmutzigen Geschäfte wie ihre Herren, die Kapitalisten. Sie setzen Zeitungen und Redakteure unter Druck, um jeden fortschrittlichen Gedanken zu ersticken.

Angst vor unversöhnlichem Klassenkampf

Auf einer Belegschaftsversammlung bei Hoesch trat der kommunistische Kollege Norbert B. konsequent gegen die Hoesch-Kapitalisten, gegen den IGM-Apparat und die D'K'P auf, die gemeinsam die Entlassung des Kommunisten Schnoor betrieben hatten. Mit dem Vorwurf, der Genosse mache Parteipolitik, versuchte die D'K'P auch gleich einen Entlassungsgrund gegen diesen Genossen zu liefern. Kollege Norbert ließ sich nicht einschüchtern: Wer ein Geschrei gegen die Parteipolitik anstimmt, will in Wirklichkeit vertuschen, für welche Seite er Partei ergreift. Wer offen für die Arbeiterklasse Partei ergreift, muß sich um die Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML, zusammenschließen. Dieser Beitrag des Genossen traf sichtlich, besonders weil nicht zu überhören war, daß er den Beifall vieler Kollegen fand.

Sofort nach der Versammlung erhielt er einen Verweis der Werksleitung. Begründung: er habe indirekt "zum Streik aufgerufen" und den "unversöhnlichen Klassenkampf" propagiert.
Gegen diesen Angriff nahm der Genosse auf der nächsten Versammlung Stellung. Wenige Minuten nach Versammlungsschluß erhielt er einen Brief über ein Ausschlußverfahren aus der IGM. Begründung: er habe sich auf der Belegschaftsversammlung zur KPD/ML bekannt, sei gegen die IGM aufgetreten usw.

Deutlicher konnten diese Feinde der Arbeiterklasse nicht zeigen, daß die KPD/ML recht hat, wenn sie sagt, daß DGB-Apparat und D'K'P Handlanger des Kapitals sind, gegen die ein unversöhnlicher Kampf geführt werden muß.



"Wenn die dich so bekämpfen, liegst du richtig!"

Am 25. 2. 74 forderten sämtliche Lehrlinge einer Elektrofirma auf einer Jugendversammlung 600 DM für alle Lehrjahre und 5 DM für eine Wegestunde. Außerdem schickten sie eine Protestresolution an die Ortsverwaltung der IGM, die die IGM-Forderung für die Lehrlinge noch nicht einmal dem Jugendvertreter mitgeteilt hatte. Nachdem am 10. 3. die Lehrlinge im ersten Lehrjahr ganze 20 DM mehr bekamen, wollten viele für die 5 DM Wegegeld in Streik treten.

Als der Jugendvertreter, ein Kommunist, die Lehrlinge auf der Baustelle über die Streikmöglichkeiten informierte, denunzierte ihn ein Obermonteur bei der Betriebsleitung. Er wurde daraufhin sofort auf eine andere Baustelle versetzt (inzwischen ist er auf der 43. Stelle), die Betriebsleitung selber drohte ihm mit Kündigung.

Kurz darauf berief die Firmenleitung eine Jugendversammlung ein, um die Lehrlinge über ihre "Pflichten" zu informieren. Der Jugendvertreter wurde vom anwesenden Vertreter der Betriebsleitung mit wüsten Beschimpfungen empfangen. "Wenn Sie nicht sofort verschwinden, wird die Polizei gerufen und Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet", hieß es. Beschweren könne er sich ja hinterher.

Doch sie hatten sich geirrt, wenn sie glaubten, jetzt Ruhe zu haben. Kollegen forderten, daß ihr Jugendvertreter wieder hereinkommen sollte. Nach der Versammlung beschlossen einige von ihnen, zusammen mit dem Jugendvertreter politisch und juristisch gegen diese Angriffe vorzugehen. Die älteren Kollegen und Monteure im Betrieb sprachen den Lehrlingen Mut zu, jetzt erst recht den Kampf aufzunehmen. "Jetzt muß der Kampf weitergehen, denn wenn die dich so unterdrücken und bekämpfen, dann liegst du genau richtig", hieß es unter Kollegen und Lehrlingen.

Kommunistischer Betriebsratskandidat gekündigt

Am 29. 3., einen Tag vor der Wahlausschreibung für den Betriebsrat bei Rohde& Schwarz in Köln erhielt Genosse K. von dem bekannt war, daß er für den Betriebsrat kandidieren wollte, die "fristgerechte" Kündigung. Wie in anderen Betrieben auch, war auch hier die IGM der Vorreiter bei dem Gesinnungsterror gegen kommunistische Arbeiter.

Am 16.1. meldete der reaktionäre Betriebsrat dem IGM-Apparat, daß Genosse K. Mitglied der KPD/ML sei. Am 24. 1. wird versucht, ihn und einen anderen Genossen als Vertrauensleute abzusetzen. Die Mehrheit der V-Leute stimmt aber dagegen. Am 28. 1. erhält Genosse K. den Ausschlußantrag der IGM-Ortsverwaltung, 2 Wochen später der andere Genosse. Gegen die Hetze der IGM-Bonzen beschließt die IGM-Versammlung des Betriebes, daß die Genossen dort ihre Meinung vertreten dürfen. Darauf läßt der Betriebsratsvorsitzende den Saal räumen. Am 22. 3. erhalten beide den Bescheid über ihren Ausschluß. Die Kündigung folgte eine Woche später.

Sofort ging der Genosse daran, bei den Kollegen weiter Unterschriften für die Kandidatur zu sammeln. Als er daraufhin in seinem Büro unter Beobachtung gehalten wurde, gingen am Nachmittag andere Kollegen daran, die Sammlung fortzusetzen. Sofort wurden sie daran gehindert und durften ihren Platz nicht mehr verlassen. Das alles zeigt die ungeheure Angst der Kapitalisten vor der Wahrheit des Kommunismus. Es zeigt gleichzeitig ihre Ohnmacht, zu verhindern, daß diese Wahrheit von immer mehr Kollegen erkannt wird.

Geldstrafe für Streik

Im Rahmen des Streiks der Kollegen im öffentlichen Dienst wurde auch das Kieler Rathaus drei Tage lang bestreikt. Der Staat will nun allen Angestellten das Gehalt von 5 (!) Tagen vom Lohn abziehen. Das ist nichts anderes als Geldstrafe für Streik! Die Empörung bei den Kollegen darüber ist groß. Viele wollen aus der Gewerkschaft austreten, weil die ÖTV gar nichts gegen diese Geldstrafe unternimmt und selber auch nur für 3 Tage Unterstützung zahlen will. Um selbständiges Handeln der Kollegen zu verhindern, setzt die ÖTV daher Gerüchte in Umlauf: mal heißt es, die Stadt ziehe nur drei Tage ab, mal, die ÖTV zahle alles usw. So sollen die Kollegen verwirrt werden, die Initiative den Bonzen überlassen bleiben und schließlich Gras über die Sache wachsen.

Ein Genosse, der gerade im Rathaus arbeitet.

"Eure Zeitung werde ich jetzt von vorne bis hinten lesen!"

Für viele Kollegen bedeutet der verräterische Abschluß der IG-Metall-Führer in Unterweser den endgültigen Schlußstrich unter ihr bisheriges Vertrauen in den Bonzenapparat. Das zeigt folgende Begebenheit beim Roten-Morgen-Verkauf vor Still Esslingen in Hamburg ganz klar.

Ein Kollege, mit dem ich schon ab und zu ein paar Worte gewechselt habe,. rief mir schon von weitem zu: "Na, Mädchen, jetzt habt ihr ja doch recht behalten!"

Und als er näher kam: "Ich hatte ja gedacht, in Bremen würde das noch was werden, aber nun haben die uns wieder eingesackt! Aber ihr habt das ja gleich gesagt."

"Mitarbeiten werde ich bei Euch nun nicht. Aber auf das eine kannst Du Dich verlassen: Eure Zeitung werde ich jetzt von vorne bis hinten lesen!"

Sicher wird der Kollege sich das mit der Mitarbeit noch überlegen. Eins aber ist gewiß, die IGM-Führer können bei ihm nicht mehr landen.

Rot Front!
Eine Genossin aus Hamburg.

Ein Reisebericht

Die Sowjetunion - eine faschistische Diktatur

Das die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion den Sozialismus völlig zerschlagen und eine faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse errichtet hat, das konnten wir bei einem mehrwöchigen Besuch in Moskau selbst erleben.

Es begann schon auf dem Hinflug: In unserem Flugzeug eine Gruppe solcher neuer Bourgeois, die sich in Westdeutschland mit teuren Konsumartikeln eingedeckt hatten und darüber sprachen, daß sie demnächst ein Eigenheim oder mindestens eine Eigentumswohnung kaufen wollten.

Als wir diese Herren darauf ansprachen, daß ein solcher Häuserkauf doch nichts mit Sozialismus zu tun hat, wiegelten sie ab: Der Boden bliebe ja im Besitz des Staates, nur die Häuser seien ihr Eigentum. Bodenspekulation könne es gar nicht geben. Das das reine Augenwischerei ist, sieht jeder! Die Eigentumshäuser sind vererbbar, sie können zu jedem überteuerten Preis weiterverkauft werden, es gibt keine Grenze, wieviele Häuser ein solcher Bonze kaufen darf. Statt Boden- also Häuserspekulation nicht anders als in kapitalistischen Staaten. Und das Staatseigentum an Grund und Boden hilft den russischen Arbeitern und Bauern gar nichts. Denn der Staatsapparat ist in der Hand der Bourgeoisie.

Ganz offen zeigte uns die neue Bourgeoisie dann auch ihre Verachtung und ihren Haß für die werktätigen Menschen. Wenn bei Stadtrundfahrten z.B. Arbeiter, mitdenen wir diskutierten, Meinungen äußerten, die der Reiseleitung nicht paßten, hieß es: "Das sind ja nur Arbeiter!" Wir haben Arbeiter- und Fabrikviertel gesehen, um die hohe Sichtzäune gezogen waren, damit nur ja den Touristen und den russischen Bonzen der Blick auf einen werktätigen Menschen erspart bleibt. Fabriken und Kolchosen blieben für uns versperrt. Stattdessen schleppte uns der Reiseführer in alte Feudalistenschlösser und schwärmte von der "Bescheidenheit und Güte" der zaristischen Sklavenhalter. Und bei der Besichtigung der Aula der Lomonosow-Universität, in der die Diplome verliehen werden, wurde eine Wandmalerei (eine Rote Fahne, die nach oben hin gold wird) so kommentiert: "Sehen Sie, Rot, das ist die Arbeit und dann kommt das Lernen, das Gold, das heißt also, daß nur die Intelligenz wirkliche Kommunisten werden können."

Kein Wunder, daß die Neuen Kreml Zaren alles Revolutionäre, jede fortschrittliche Idee bekämpfen und verfolgen. Der Marxismus-Leninismus wird auf die brutalste Art unterdrückt. Schon bei der Ankunft in Moskau suchte der KGB vor allem nach Werken von Mao Tsetung. Den Auskunftsbüros und Telefonansagen ist es bei Strafe untersagt, die Adressen oder Telefonnummern der offiziellen chinesischen Vertretungen bekanntzugeben. Drei Genossen aus der VR China, die wir im Transitraum des Flughafen trafen, durften nicht von der Bedienung angesprochen werden. Sie bekamen eine "Extaaufsicht", damit nur ja niemand Kontakt mit ihnen aufnehmen konnte.

Ganz offen bereitet die Bourgeoisie heute auch imperialistische Raubkriege vor. In der Rede Breschnews, die Mitte März 74 über alle Sender ausgestrahlt wurde, sprach er von der unumschränkten Bereitschaft für einen eventuell bevorstehenden Krieg." Die Tagung der Moskauer Parteileitung begann mit einer Aufforderung an die Jugend, "nicht nachzulassen in der Wachsamkeit und der Fähigkeit zum sofortigen Krieg." Es wird nicht einmal mehr, wie früher, von einer "notwendigen Bereitschaft zur Verteidigung des Vaterlandes" gesprochen, sondern offen von Krieg. Zwar versuchen die Sozialimperialisten heute noch, den russischen Völkern weiszumachen, ihr Komplott mit den US-Imperialisten bringe der Menschheit den Frieden - immer wieder hörten wir im Radio: "Es lebe die unverbrüchliche russisch-amerikanische Freundschaft ein Garant des Weltfriedens" - aber ganz unverhohlen bereiten sich die Neuen Kreml Zaren vor auf einen Krieg mit der zweiten Supermacht um die Weltherrschaft, ganz unverhohlen bereiten sie sich vor zum Überfall auf die VR China, das Bollwerk des Sozialismus.

Um die Erinnerung der Massen an den Sozialismus auszulöschen, um den Klassenkampf in der Sowjetunion zu unterdrücken, benutzt die Neue Bourgeoisie massiv die bürgerliche Ideologie als Waffe. Nicht anders als die westdeutschen Imperialisten propagieren sie den "American Way of Life". Überall wurden wir angebettelt - um Kaugummi und Blue Jeans. 90% der Filme, die zu dieser Zeit in Moskau gezeigt wurden, stammten aus dem Westen, vor allem aus den USA. Filme wie diese: "Vom Winde verweht", "Ich verkauf dir meine Frau", "Wie macht man eine Million?" Revolutionäre Kunstwerke des sozialistischen Realismus gab es nirgends mehr zu sehen. Die Jugendsendung im Radio wurde von Frank Sinatra untermalt, schon am frühen Morgen liefen Werbespots im Fernsehen, grölten John Lennon und Mireille Mathieu. Ohne Trink- und Schmiergelder kommt man nicht weit. Bei einer Genossin, die diese Unsitte nicht mitmachen wollte, wurden während eines ganzen Monats weder das Bett gemacht noch das Zimmer gesäubert. Im Cafe "Lira" wurden wir nicht bedient, weil wir nicht westlich genug gekleidet waren, der Oberkellner raunte unserer Bedienung zu "Die laß mal gehen, die haben sowieso kein Geld." Vor den Toren Moskaus gibt es wieder Hippodrome, wo bei Pferderennen den Werktätigen von staatlichen Wettbüros das Geld aus der Tasche gezogen wird. Auch sonst gab es sämtliche Arten von Glücksspiel, verschiedene Arten von Lotto uns Totto. Das alles war zu Stalins Zeit, zur Zeit des Sozialismus, streng verboten.

Auch die Kirche spielt wieder eine große Rolle, um bürgerliche Ideologie zu verbreiten. Im Malij-Theater wurde ein Stück von Tolstoi so realistisch aufgeführt, wurde Gott so eindrücklich als Lösung aller Probleme angeboten, daß eine ältere Frau aufsprang und rief: "Was sagt ihr denn da? Es gibt keinen Gott!" Sie wurde vom Theaterpersonal schnell hinausgeführt, denn eine überzeugte Atheistin paßt nicht ins Bild der heutigen Sowjetunion, wo immer mehr Kirchen wieder in Betrieb gesetzt werden, wo wir aus dem Mund einer Frau, die Parteimitglied ist, hörten: "Für einen anständigen Menschen gehört es sich, an Gott zu glauben."

Wie in allen kapitalistischen Staaten, schüren die Sozialimperialisten auch den Rassismus, um das Volk zu spalten. Als in unserem Hotel zeitweise Flöhe auftauchten, erhielten wir als Erklärung die Antwort: "Im Moment laufen so viele Schwarze rum, von denen kommt das." Schon vorher hatten uns andere Touristen erzählt, daß Neger heute in Rußland zu den am meisten beschimpften und verfolgten Menschen gehören.

Obwohl sie den Kapitalismus vollständig wiederhergestellt haben, können die Neuen Kreml Zaren nicht wagen, den großen Arbeiterführer Lenin offen anzugreifen, versuchen sie immer wieder, sich als "Marxisten-Leninisten" hinzustellen. Denn die Erinnerung an die große Oktoberrevolution, die Liebe und Sehnsucht nach dem Sozialismus, vor allem auch die Verehrung des Genossen Stalin sind im russischen Volk nicht auszulöschen. Am Grab Stalins, das heute hinter dem Leninmausoleum liegt, konnten wir mehrfach sehen, wie junge und alte Menschen stehenblieben, sich unterhielten und Blumen niederlegten. In einem Arbeiterviertel stand in großen Buchstaben: "Stalin - Genossen, vergeßt ihn nicht!"

Am meisten beeindruckte uns das Gespräch mit einem alten Genossen, der uns im Museum einige revolutionäre Bilder zeigte. Darunter war auch ein Gemälde über Barrikadenkämpfe, auf denen der Genosse Baumann abgebildet war. Wir sagten gleich: "Ach, Sie meinen die Krähe, Gratsch, aus dem Buch: "Die Krähe ist ein Frühlingsvogel?" Er war sichtlich erstaunt und fast zu Tränen gerührt, als er erfuhr, daß dieses Buch über den großen Revolutionär Baumann auch in unserem Land viel gelesen wird. "Das ist sehr gut und wichtig", sagte er, "leider ist das Buch bei uns ja verboten." Lange unterhielten wir uns mit ihm über den Kommunismus und über die Kommunisten in Westdeutschland . Natürlich sprach er gleich von der D'K'P, die in der "Pravda" als "Kommunistische Partei" hochgejubelt wird. Wir erklärten ihm, warum die D'K'P eine revisionistische, arbeiterfeindliche Partei ist, daß die KPD/ML die einzige Partei in Westdeutschland ist, die den Marxismus-Leninismus hochhält. Darauf sagte er: "Dann werdet ihr auf die Dauer auch siegen. Denn zwei Parteien, von denen eine nur scheinbar am Marxismus - Leninismus festhält, kann es nicht geben. Das wird sich zeigen!" Er verabschiedete sich herzlich von uns und bat uns, ihn einen Genossen zu nennen und uns Genossen nennen zu dürfen.

Die imperialistische Lüge vom Patt der beiden Supermächte

Die Kampfparole unserer Partei: Ami go home! kommentierte die Kitzinger Zeitung (s. Bild): "Tatsache ist, daß das militärische Patt der beiden großen Machtblöcke bisher einen Krieg verhindert hat."

Also sind nicht die beiden nuklearen Supermächte USA und Sowjetunion die Kriegstreiber, sondern diejenigen, die in beiden Teilen Deutschlands gegen die ausländischen Besatzer kämpfen?



Das Gerede vom Patt der beiden Supermächte, ob von der Kitzinger Tageszeitung, von Haffner im Stern oder auch im Bundestag kann die Tatsachen nicht verdrehen: Das Konzept vom Kräftegleichgewicht ist in Wahrheit das Konzept des ständigen Kräftemessens, das Konzept des imperialistischen Krieges. Ob bei der sogenannten "Sicherheitskonferenz", bei den MBFR- oder SALT-Verhandlungen – überall ringen die beiden Supermächte um ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß miteinander, rüsten sie wie wahnsinnig um die Wette. Ihr Ziel ist nicht der Kräfteausgleich, sondern jeder von beiden will die alleinige Vorherrschaft. Wenn die Völker Europas diesem Treiben nicht rechtzeitig ein Ende setzen, ist es eine Frage der Zeit, bis die sowjetischen Sozialimperialisten sich stark genug fühlen, um Westeuropa zu überfallen, dem US-Imperialismus zu entreißen und sich selbst einzuverleiben.

Die US-Imperialisten werden die letzten sein, die gegenüber den Sozialimperialisten die Interessen unseres Volkes schützen. Ihnen geht es – nicht anders wie den westdeutschen Imperialisten – darum, unserem Volk im Nacken zu sitzen, und bis zum letzten Blutstropfen auszusaugen. **Sicherheit kennen diese Herren lediglich für ihre imperialistischen Interessen – das Volk aber wird in den Krieg gejagt.** Amerikanische Armeestudien für den Krieg in Europa bringen das eindeutig zum Ausdruck. Sei es der Plan, mit vietnamerprobten chemischen Giften Wälder und Vegetation in großen Teilen Westdeutschlands zu vernichten, um freie Kampfbahn zu haben, sei es der Plan, atomare Zonen gegen die eindringenden Sozialimperialisten zu errichten: Statt Sicherheit des Volkes Vorbereitung eines imperialistischen Krieges auf Kosten unseres Volkes. Raus mit diesen Truppen aus Westdeutschland! Nieder mit den westdeutschen Imperialisten, die diese Kriegstreiber unterstützen, wo sie nur können, um selbst dabei zu profitieren!

Nieder aber auch mit den modernen Revisionisten von der D'K'P! Sie fordern zwar den Abzug der US-Truppen, aber nur um einen neuen Oberherren zu präsentieren. "Sicherheit bietet uns das Friedenslager" rufen sie und meinen damit, niemand anderen als die aggressive und gefährliche andere Supermacht, die sowjetischen Sozialimperialisten. Haben sie bereits einen Teil unserer Heimat und ganz Osteuropa in ein Militärzuchthaus der Völker verwandelt, so richten sie heute ihre Atomsprengköpfe auf Westdeutschland und ganz Westeuropa, um auch hier ihre Herrschaft zu errichten und die Völker auszuplündern. **Ehe nicht die Sozialimperialisten wie auch ihr schärfster Konkurrent, die US-Imperialisten, von dem Boden unserer Heimat und aus Europa vertrieben sind, wird es für unser Volk und für die Völker Europas keine Sicherheit geben.**

Kann unser Volk im Kampf gegen zwei so gewaltige nukleare Mächte den Sieg erringen?

Es kann! Die Völker Indochinas beweisen uns das in ihrem siegreichen Kampf Tag für Tag. Aber dieser Kampf zeigt auch, daß unser Weg schwierig ist und Opfer fordert. Unsere einheimischen und ausländischen Unterdrücker in Ost und West werden vor nichts zurückschrecken, um unseren Kampf zu ersticken. Doch unsere Situation ist günstig und wird immer besser. Unser Volk steht in seinem Kampf nicht allein. Überall auf der Welt erheben sich die Völker, um den Imperialismus, den gemeinsamen Feind zu besiegen. Und auch bei uns beginnt der Kampf gegen die einheimischen und ausländischen Unterdrücker und ihre Truppen breiter zu werden. Das beste Beispiel dafür ist der militante Kampf der Einwohner von Nordhorn gegen den Nato-Kriegsübungsplatz Nordhorn-Range.

Nieder mit den beiden Supermächten USA und Sowjetunion!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus, dem Bündnispartner des US-Imperialismus!

Nieder mit der Honeckerclique dem Vasallen des Sozialimperialismus!

Ausländische Truppen raus aus ganz Deutschland!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Brasilien:
Zwei Jahre bewaffneter Kampf im Araguaia-Gebiet

Am 12. April jährt sich zum zweitenmal der Beginn des bewaffneten Kampfes im Araguaia-Gebiet. Mit dem Gewehr in der Hand kämpfen Arbeiter, Bauern und Landarbeiter im brasilianischen Urwald unter Führung der Volksfront gegen das faschistische Regime des Generals Geisel, für nationale Unabhängigkeit. Die "Ausrottungsfeldzüge" der brasilianischen Faschisten können diesen Kampf nicht niederringen, im Gegenteil. Immer wieder wurde die Regierung zu Zugeständnissen gezwungen.
Das brasilianische Volk wird den Jahrestag des bewaffneten Kampfes mit Freude und Stolz begehen. Kein Sterbenswörtchen allerdings werden die modernen Revisionisten an diesem nationalen Ehrentag von sich hören lassen!

Der zweite Jahrestag des Kampfbeginns im Araguaia-Gebiet ist ein großes Ereignis in der Geschichte des brasilianischen Volkes, ja, der Völker Lateinamerikas überhaupt. Daß dieser Kampf nun schon zwei Jahre andauert und ständig anwächst, daß er mehrere "Ausrottungsfeldzüge" der faschistischen Generale siegreich zurückschlug und täglich mehr Unterstützung im Volk findet, ist ein glänzender Beweis für die Korrektheit der marxistisch-leninistischen Linie. Er widerlegt die castristischen Abenteurerideen ebenso wie das verlogene, revisionistische Geschwätz vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus."

Nicht Revisionismus...

Besonders in Lateinamerika hat der moderne Revisionismus den Völkern Leid und Elend, blutigste Unterdrückung und grausamsten Terror gebracht. Es waren letztlich die Modernen Revisionisten, die 1964 das brasilianische Volk, in den Jahren danach die Völker Boliviens und Uruguays entwaffneten und sie an die faschistischen Marionettenregimes der US-Imperialisten ausgeliefert haben. Das Beispiel Chile ist allen noch in frischer Erinnerung. Niemanden können sie darüber hinwegtäuschen, daß vor 10 Jahren in Brasilien die Ereignisse nicht anders verliefen. Auch dort war das Elend so groß geworden, daß das Volk auf die Straße ging. Auch dort war es den modernen Revisionisten gelungen, die Massen in die Irre zu führen. Auch dort versprachen sie "Demokratie durch Reform". Auch dort bekämpften sie erbittert die Marxisten-Leninisten der KP do Brasil, die, nicht anders als die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles, schon Monate zuvor auf den drohenden Staatsstreich hingewiesen hatte. Heute sind es die Sozialimperialisten, die im Komplott mit dem US-Imperialismus beitragen zur Unterdrückung und Versklavung des brasilianischen Volkes. Sie geben dem faschistischen Geisel -Regime "Darlehen", sie spekulieren auf Profit aus den reichen Eisen- und Nickelerzvorkommen im Gebiet der Partisanenkämpfe im Süden des Landes.



Ein Blick auf eine Arbeiter-Demonstration, am 1. Mai 1968 in Sao Paulo. Auf dem Transparent liest man: "Sterben im Kampf — ja. Sterben vor Hunger — nein!"

ausgeliefert hat, bekämpften die modernen Revisionisten, angestachelt von der Chruschtschow-Clique, das 1954 verabschiedete, revolutionäre Programm der KP do Brasil. Aber die Marxisten-Leninisten entlarvten diesen Verrat und antworteten auf die revisionistischen Angriffe mit einem revolutionären Programm. Als erste Partei in der imperialistischen Welt grenzte sich die KP do Brasil am 18. Februar 1962 auch organisatorisch vom modernen Revisionismus ab, säuberte die revisionistischen Volksfeinde aus ihren Reihen und richtete die Partei auf der korrekten Grundlage des Marxismus-Leninismus aus. Von Anfang an hielt sie die Wahrheit hoch, daß der Sieg über Imperialismus und einheimische Reaktion nur im harten Kampf gegen den modernen Revisionismus errungen werden kann.

Mit der gleichen Entschlossenheit wandte sich die KP do Brasil aber auch gegen die falschen Theorien des Castrismus. Bereits im Jahr 1963 erläuterte die Partei in einem offenen Brief an Fidel Castro, der den Titel trägt: "Der Marxismus-Leninismus wird in Lateinamerika siegen", die falschen Thesen der "Focustheorie" und die Notwendigkeit der Partei. In diesem Brief sagten die brasilianischen Genossen voraus, daß die kubanische Führung, sollte sie auf ihrem falschen Weg verharren, unweigerlich in den Armen des modernen Revisionismus landen werde — 11 Jahre später, mit dem Besuch Breshnews auf Kuba, war dieser Prozeß entgültig abgeschlossen und die Voraussage der brasilianischen Marxisten-Leninisten eingetroffen, ist die cubanische Regierungsclique vollständig entartet.

Der Weg zum bewaffneten Kampf im Araguaia-Gebiet führte über die schonungslose Entlarvung des modernen Revisionismus, über den Kampf gegen den Castrismus. Immer mehr Menschen schließen sich diesem Kampf an. Im Herbst vergangenen Jahres, mit der Gründung der Volksfront, erreichten die Kämpfe des brasilianischen Volkes gegen Imperialismus und Faschismus einen neuen Höhepunkt.
Araguaia — dieser Name wirft ein Licht auf die Schande des revisionistischen Verrates. Was uns die Völker in Indochina, im Nahen Osten in ihren Kämpfen bestätigt haben: Daß der Imperialismus nicht weicht, wenn ihn das Volk nicht mit der Waffe in der Hand zurückschlägt — das bestätigt auch der Kampf der Partisanen in Brasilien

...nicht Castrismus...

Als im Jahre 1965 das cubanische Volk seine Unterdrücker davonjagten, versprachen sich viele Werktätige in Lateinamerika von diesem Weg ein Ende ihres Elends. Vor allem kleinbürgerliche Schichten sahen in der "Focustheorie", wonach es genügt, einen "Kern der Revolution" zu schaffen, der das Volk mitreißt, eine Hoffnung. Viele ehrliche Revolutionäre, in der Mehrzahl Studenten, Intellektuelle, liessen ihr Leben im entschlossenen Kampf. In den Augen des brasilianischen Volkes sind die tapferen Patrioten Helden. Aber sie können das Volk nicht zum Sieg führen. Denn nicht die Heldentaten einzelner Revolutionäre stürzen die Imperialisten und ihre einheimischen Handlanger, sondern nur der entschlossene, organisierte, bewaffnete Kampf des ganzen Volkes. Guatemala und Bolivien, Peru und Uruguay, aber auch Brasilien sind Beispiele für die falsche Lehre des Castrismus! Inzwischen, nach der völligen Unterwerfung Kubas unter die Knute der neuen Kreml-Zaren, sind auch die Castristen in Brasilien ins Lager der modernen Revisionisten übergelaufen.

...nur der Marxismus - Leninismus zeigt den Weg zum Sieg !

Der wachsende Kampf in Araguaia ist das Ergebnis eines jahrelangen, konsequenten Kampfes gegen alle falschen Theorien, über die sozialistische Revolution, vor allem das Ergebnis eines schonungslosen Kamfes gegen den modernen Revisionismus.

Unter der Führung des Karrieristen und Speichelleckers Prestes, der viele aufrechte Kommunisten an die faschistische Diktatur

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Australiens/Marxisten-Leninisten

Teure Genossen!

Zum 10. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Australiens/Marxisten-Leninisten senden wir Euch die herzlichsten Kampfesgrüße.
"Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution". Die australischen Völker stehen im gerechten Kampf gegen den britischen Imperialismus, gegen das Weltmachtstreben der beiden Supermächte, gegen die Kollaboration einheimischer Reaktionäre mit den verbrecherischen Imperialisten, gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung. In all diesen Kämpfen setzt der Klassenfeind die modernen Revisionisten ein als seine Agentur innerhalb der Arbeiterbewegung, um die Kämpfe der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu zerschlagen.

Seit 10 Jahren steht die Kommunistische Partei Australiens/Marxisten-Leninisten im unermüdlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus. Sie hat die unverschämten Angriffe der revisionistischen australischen Partei zurückgeschlagen, ihren Verrat vor den Massen entlarvt und ist zu einer führenden Kraft im Kampf der australischen Völker geworden. Der 10. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Australiens/Marxisten-Leninisten ist ein Ehrentag, ein großartiges Ereignis in der Geschichte der australischen Freiheitskämpfe. Er beweist aufs Neue, daß der Marxismus-Leninismus unüberwindlich ist.
Wir benützen die Gelegenheit, um der australischen Arbeiterklasse, dem werktätigen Volk Australiens die besten Wünsche für den weiteren Verlauf des Befreiungskampfes unter der Führung der Kommunistischen Partei Australiens/Marxisten-Leninisten auszudrücken.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.
i.A. Ernst Aust.

Aus aller Welt

JAPAN:
Mit einem Generalstreik der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst am 26. 3. erreichten die Streikkämpfe in Japan ihren vorläufigen Höhepunkt. 2,5 Millionen Kollegen kämpften für 30-35% Lohnerhöhung, bessere Sozialleistungen, Streikrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst und gegen die Teuerung. Der größte Teil der japanischen Industrie wurde durch die Kampfmaßnahmen lahmgelegt. Für Mitte April haben die japanischen Arbeiter und Angestellten einen unbefristeten Generalstreik angekündigt.

INDIEN:
Die Streikkämpfe der indischen Arbeiter und Bauern nahmen in der vergangenen Woche einen neuen Aufschwung. Im Staat Bihar wurde erneut der Generalstreik ausgerufen. Studenten unterstützten den Kampf der Arbeiter und Bauern durch Massendemonstrationen.

ÄTHIOPIEN:
Die Verhaftung von mehreren Offizieren, die an der Armeerevolte beteiligt waren, hat erneute Kämpfe in der äthiopischen Armee ausgelöst. Durch den Kampf der Bevölkerung gezwungen, mußte die Makonnen-Regierung inzwischen die verhafteten Professoren und Studenten freilassen.

THAILAND:
Gegen die unverschämten Preissteigerungen demonstrierten Anfang März 3.000 Bauern. Die Fischer des Landes schlossen sich ihrem Kampf an.

USA:
10.000 städtische Arbeiter und 2.400 Lehrer legten Anfang des Monats in San Franzisko die Arbeit nieder. Sie fordern höhere Löhne. Im Bundesstaat Hawai kam es ebenfalls zu starken Lohnkämpfen, in deren Verlauf 8.000 Arbeiter der Zuckerrohrplantagen streikten.

GENF/Menschenrechtskommission:
Der Befreiungskampf der Völker der Welt verschärft auch die Widersprüche innerhalb der internationalen Gremien. Laut einer Empfehlung der Menschenrechtskommission sollen zukünftig Befreiungskämpfer in Kriegen, "in denen Völker gegen koloniale Herrschaft, fremde Besatzung und rassistische Regimes in Ausübung ihres Rechts auf freie Selbstbestimmung kämpfen", regulären Soldaten gleichgestellt werden. Die imperialistischen Staaten, vor allem die US- und die westdeutschen Imperialisten, haben sich scharf gegen diese Empfehlung ausgesprochen.

ITALIEN:
Nach den Angestellten des Fernsprech- und Telegraphenamtes in Mailand traten am 27. 3. auch 100.000 Bäcker in den Streik. In Monza kam es während einer Demonstration gegen die Klassenjustiz zu blutigen Straßenschlachten, bei denen acht Polizisten verletzt wurden.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 — 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Präsidium des ZK der KPD/ML

Vorschlag zur Bildung einer Aktionseinheit zum 1.Mai 1974

AN DAS ZK DER KPD

Genossen !

Wie in den Jahren zuvor versuchen die westdeutschen Imperialisten den 1. Mai, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zu verfälschen, und die Arbeiterklasse mit dem Mittel der sozialen Demagogie für ihre Ziele einzuspannen. Deshalb steht auch an diesem 1. Mai die Frage "Reform oder Revolution?" im Vordergrund der Auseinandersetzung. Es besteht die unbedingte Notwendigkeit, dem "Regierungsmai" der Imperialisten und Arbeiterverräter den 1. Mai der revolutionären Arbeiterbewegung entgegenzustellen. Wie die Erfahrungen in den letzten Jahren bewiesen haben, sind für revolutionäre 1.Mai-Demonstrationen auch die revolutionären Kräfte in vielen Städten vorhanden, um unabhängig und gegen die einheitliche Front der Imperialisten, Reformisten und modernen Revisionisten am 1. Mai selbständige Aktionen der revolutionären Arbeiterbewegung durchzuführen. Wir sind sicher, daß das weitere Anwachsen der revolutionären Bewegung in Westdeutschland und Westberlin am 1.Mai 1974 seinen Ausdruck finden wird. **Sicher ist es notwendig, auch auf den Kundgebungen und Demonstrationen des DGB revolutionäre Agitation und Propaganda zu betreiben, um auch die Kollegen, die sich von der reformistischen und sozialdemagogischen Propaganda des DGB-Apparates noch nicht gelöst haben, zu gewinnen. Dies kann aber keinesfalls Verzicht auf eigenständige rote Maidemonstrationen bedeuten.**

So notwendig also die klare Trennung zu den Veranstaltungen des DGB-Apparats ist, so schädlich ist es, wenn die Revolutionäre aus verschiedenen Organisationen nicht einheitlich, sondern wie in den vergangenen Jahren – getrennt und zersplittert marschieren. **Dies nutzt nicht der Arbeiterklasse, sondern den Imperialisten.** Um dies zu verhindern, macht das Präsidium der KPD/ML an die verschiedenen Organisationen, in denen Revolutionäre organisiert sind, den Vorschlag, ernsthaft und mit allen Kräften zu versuchen, trotz aller, zum Teil schwerwiegender Meinungsverschiedenheiten einheitliche Rote Maidemonstrationen zu organisieren. Damit soll keinesfalls der ideologische Kampf um die richtige Linie eingestellt werden.

Wir schicken Euch gleichzeitig mit diesem Brief den 1.Mai-Aufruf unserer Partei zu. Selbstverständlich ist die Übereinstimmung mit diesem Aufruf keine Bedingung für die Aktionseinheit. Wir begrüßen es natürlich, wenn sich andere Organisationen von der revolutionären Linie dieses Aufrufs leiten lassen.

Wir sind der Meinung, daß eine gemeinsame Plattform, Kommunique oder gemeinsamer Aufruf keine prinzipielle Voraussetzung für die Bildung einer Aktionseinheit sind, sondern daß diese Fragen im Rahmen der Gespräche gelöst werden können. Wir gehen davon aus, daß zumindest in minimalen Punkten eine Einheit erreicht werden kann und andererseits die Freiheit der Agitation und Propaganda gewährleistet ist, soweit sich diese nicht gegen die Grundlagen der Aktionseinheit, den Kommunismus und den Sozialismus wendet.

Freiheit der selbständigen Agitation und Propaganda, vor allem das Recht auf Propagierung der gewaltsamen sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Länder, des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus, die modernen Revisionisten und die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion kann in keiner Weise eingeschränkt werden.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht mit Euren wiederholten Verstößen gegen dieses Prinzip aufhalten, z.B. Euer früheres Vorgehen gegen Losungen gegen den Sozialimperialismus oder das Zerreißen des ROTEN MORGEN und von roten Fahnen auf verschiedenen Demonstrationen. Denn wir wissen, daß ihr andererseits bei vielen gemeinsamen Aktionen diese Angriffe gegen die Freiheit der Agitation und Propaganda nicht geführt habt. Deshalb hoffen wir, daß wir auch an diesem 1. Mai in diesem Punkt mit Euch eine Einigung im positiven Sinn erreichen können.

Es kann auch am 1. Mai keine Einheit mit den gefährlichsten Agenturen des Imperialismus, den modernen Revisionisten (D'K'P/SEW) und den Trotzkisten (4. Internationale, GIM etc.) geben.

Keine Aktionseinheiten mit den D'K'P – Revisionisten!

Auch zu der Bedingung "Keine Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten" erwarten wir, daß Einheit erzielt werden kann.
Ihr habt zwar in den Jahren 1970/71 mit der SEW Aktionseinheiten angestrebt, als Ihr sie nicht für Agenten der Imperialisten hieltet, sondern noch geschrieben habt, daß sie "konsequent an der Sache des Sozialismus festhält", und als Ihr die revisionistischen Länder noch als sozialistisch bezeichnet habt. Aber seit einiger Zeit habt ihr offensichtlich eine andere Einschätzung, und lehnt Aktionseinheiten mit 'S'EW und D'K'P ab. – Wir nehmen an, daß Ihr diese Haltung auch zum diesjährigen 1. Mai aufrechterhaltet.

Die unterschiedlichen Auffassungen zur D'K'P – Ihr meint, daß sie hauptsächlich Agent des sowjetischen Sozialimperialismus ist, wir bekämpfen sie hauptsächlich als Agentur des westdeutschen Imperialismus – schließt eine Aktionseinheit nicht aus. **Dabei gehen wir allerdings davon aus, daß Ihr die in Eurer Broschüre "Gegen Monopoldiktatur – für Volksdemokratie" aufgestellte "Theorie" von der "strategischen Linie (der D'K'P-Führer – KPD/ML) der Schwächung des westdeutschen Monopolkapitals" nicht propagiert, denn dies steht zu unserer Einschätzung, daß die modernen Revisionisten der D'K'P als Agentur des westdeutschen Imperialismus strategisch auf die Schwächung der revolutionären Arbeiterbewegung hinarbeiten, im antagonistischen Gegensatz.**

Keine Aktionseinheiten mit den Trotzkisten!

Wie Ihr wißt, lehnen wir die Aktionseinheit auch mit den trotzkistischen Organisationen der 4. Internationale ab. Diese sind konterrevolutionäre Organisationen, die gegen den Befreiungskampf des Proletariats, gegen den Kampf der unterdrückten Völker und gegen die sozialistischen Länder arbeiten, und den Kampf für die Revolution und den Sozialismus mit allen Mitteln der Spaltung, Verleumdung und Zersetzung sabotieren. Seit Trotzki haben sich die Trotzkisten nie gescheut, im Sinne ihrer konterrevolutionären Generallinie direkt mit allen Imperialisten, Reaktionären und allen Feinden der Revolution und des Sozialismus gemeinsame Sache zu machen.

Aus diesem Grunde ist für uns, wie für alle Kommunisten eine Aktionseinheit mit diesen konterrevolutionären Organisationen ausgeschlossen. Offensichtlich habt ihr zu den trotzkistischen Organisationen aber eine andere Einschätzung Ihr seid in vielen Fällen in der letzten Zeit mit ihnen Aktionseinheiten eingegangen (vor allem mit der GIM). Ja, man gewinnt den Eindruck, als ob ihr sie für fortschrittliche oder gar revolutionäre Organisationen haltet. **Wir bitten Euch, Euren Standpunkt noch einmal ernsthaft zu überprüfen. Wenn ihr auf einer Einbeziehung der trotzkistischen Organisationen in die Aktionseinheit besteht, wird es mit uns keine Aktionseinheit geben.**

Keine Hetze gegen die sozialistischen Länder !

Eine Aktionseinheit zum ersten Mai 1974 muß davon ausgehen, daß keine Hetze gegen den Sozialismus und die sozialistischen Länder betrieben wird. Wir sind schon immer der Meinung, daß man im Rahmen einer revolutionären Aktionseinheit nicht von allen beteiligten Organisationen verlangen kann, daß sie sich voll hinter die sozialistischen Länder stellen, aber als minimale Voraussetzung muß unbedingt gelten, daß kein Angriff gegen die sozialistischen Länder, keine Verurteilung ihrer Politik, keine Hetze und keine Verleumdungen betrieben wird. Auch dieser Punkt ist nicht nur für jeden Kommunisten, sondern auch für jeden fortschrittlichen Menschen eine Selbstverständlichkeit. Wenn ihr mit der Politik der sozialistischen Länder in vielen Punkten nicht übereinstimmt und ständig angebliche Widersprüche zwischen den sozialistischen Ländern in Eurem Zentralorgan hervorhebt, so halten wir das für die sozialistische Revolution für schädlich und Ihr wißt, daß wir dagegen an anderer Stelle einen beharrlichen ideologischen Kampf führen. Es ist uns klar, daß wir eine Korrektur Eurer Auffassungen oder eine Selbstkritik nicht zur Bedingung einer Aktionseinheit machen können. **Etwas Anderes ist es aber, auch von Euch zu verlangen, daß Ihr, wenn Ihr ernsthaft an einer Aktionseinheit zum 1. Mai interessiert seid, Verleumdungen gegen die sozialistischen Länder am ersten Mai nicht verbreitet.** Dazu zählen wir vor allem folgende Punkte:

Verleumdung des Genossen Stalin, des langjährigen Führers des ersten sozialistischen Staates.
Angesichts der weltweiten antikommunistischen Hetze gegen die Führung der UdSSR unter Lenin und Stalin, wie sie gerade in letzter Zeit wieder verstärkt wird, sehen wir es als gefährlich an, wenn Ihr gegen diese Angriffe nicht nur keinen Kampf führt, sondern im Gegenteil Angriffe ähnlicher Art auf ihn startet.
Bereits in Eurer programmatischen Erklärung von 1971 habt Ihr geschrieben:

"Damit verdunkelte er der Partei den Blick für das mögliche Wiedererstarken bürgerlicher Elemente und lenkte sie damit ab von der Notwendigkeit, auch nach den Siegen der ersten Etappe der sozialistischen Planwirtschaft den Klassenkampf weiterzuführen. So konnte es Überresten der alten Ausbeuterklasse, sowie verbürgerlichten Proletariern deren Zahl in dem Maße zunahm, wie der Klassenkampf vernachlässigt wurde, gelingen, wichtige Positionen zu erobern und die sozialistischen Errungenschaften zu unterhöhlen."

Ihr habt die Verleumdung Stalins, die vollkommen den Tatsachen widerspricht, in Eurem neuen Programmentwurf noch einmal bekräftigt, indem ihr praktisch behauptet, unter Stalins Führung seien die Völker der Sowjetunion genauso unterdrückt worden wie die alten Ausbeuter. Auf Seite 13 des Programmentwurfs heißt es: "Widersprüche im Volk wurden ausschließlich als Widersprüche zum Feind, begangene Fehler als Sabotage behandelt."
Wir verlangen von keiner Organisation, auch nicht von Euch, daß sie Stalins revolutionäre Politik verteidigt, wenn sie damit nicht einverstanden ist. **Wir erwarten aber auch von Euch, daß Ihr bei einer Aktionseinheit zum 1. Mai die verleumderischen Angriffe gegen den großen Marxisten-Leninisten und korrekten Führer des ersten sozialistischen Staates unterlaßt.**

Keine Angriffe auf die kommunistische Weltbewegung!

Ein weiterer Punkt ist Eure Abkehr von den Beschlüssen der Moskauer Beratung von 1957 und 1960. Wir führen gegen diese falschen Auffassungen einen beharrlichen ideologischen Kampf. Es ist klar, daß wir aber die Aufgabe Eurer Auffassung nicht zur Bedingung für eine Aktionseinheit machen. Wir sind allerdings der Meinung, daß Eure Äußerungen in der Roten Fahne am 1. Mai nicht propagiert werden können. Dort schriebt Ihr:

"Der Sieg des Revisionismus in einer ganzen Reihe sozialistischer Länder und kommunistischer Parteien in kapitalistischen Ländern und die dadurch hervorgerufene Spaltung war auch die Folge der Tatsache, daß die neuen Bedingungen der Weltrevolution nicht international analysiert und zu einem Programm zusammengefaßt worden waren. Die Konferenzen von 1957 und 1960 brachten nur verbale Kompromisse der Revisionisten an den Marxismus-Leninismus, historische Bilanz wurde nicht gezogen, Kritik und Selbstkritik wurde nicht geübt, die neuen Bedingungen der Weltrevolution nicht wissenschaftlich untersucht." (RF 51-52, S.2).

Ebenso halten wir es für unverschämte Angriffe gegen die KP Chinas, wenn Ihr erst die Politik der Bekämpfung der beiden Supermächte angreift und dann der Politik der KP Chinas (wobei wir hinzufügen müssen, daß die gleiche Politik auch die PAA betreibt, auch wenn ihr in eurem ZO das Gegenteil schreibt) im Rechenschaftsbericht eures ZK an die 3. Parteikonferenz entgegenstellt:
"Unsere Partei wendet die materialistische Dialektik auch in der Frage der Beurteilung des Hauptwiderspruchs und der von ihm abzuleitenden Nebenwidersprüche an. Sie unterscheidet daher nicht zwischen 'Supermächten' auf der einen, 'mittelgroßen' und 'kleinen' Ländern auf der anderen Seite, sondern beurteilt die Qualität des antiimperialistischen Kampfs eines Landes in erster Linie nach dem Charakter der Klassenwidersprüche in einem Land, das im Gegensazt zum Imperialismus steht."

In die gleiche Kerbe haut Ihr, wenn Ihr schreibt:
"Denn nach der Einschätzung der chinesischen Genossen hat sich die Mehrzahl der Kader der KP Chinas zwar im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus gestählt, besitzt aber nur fragmentarische Kenntnisse der Theorie des Marxismus-Leninismus." (RF 37/73, S.8).
Da nutzt es auch nicht, wenn Ihr Eure Einschätzung über die KP Chinas und die damit verbundenen Verleumdungen einmal als selbstkritische Einschätzung der KP Chinas, ein andermal als Lüge des Roten Morgen (RF 9/74, S.7) auszugeben versucht. **Wir erklären Euch offen, daß wir solche Angriffe auf die KP Chinas in einer Aktionseinheit nicht hinnehmen werden, wie wir es auch von keiner anderen Organisation, mit denen wir eine Aktionseinheit zum 1. Mai anstreben, hinnehmen werden, auch wenn diese nicht den Anspruch einer kommunistischen Organisation erhebt.**

Zum Schluß noch ein kurzes Wort zu Eurer Ablehnung einer Aktionseinheit zum letzten 1. Mai. Es ist klar, daß wir die von Euch vorgebrachten Vorwürfe für völlig haltlos halten und wir werden an anderer Stelle weiter auf die Absurdität der immer wieder vorgebrachten Vorwürfe des Schwankens und des Sektierertums eingehen und sie zurückweisen. Wir verschweigen auch nicht, daß Ihr in sehr vielen, vor allem wichtigen strategischen Fragen ständig schwankt bzw. kontinuierlich eine falsche Position bezieht. Das hindert uns aber nicht, trotzdem alles zu unternehmen, um mit Euch Aktionseinheiten auf korrekter Grundlage zu erreichen. Deshalb sind wir auch der Auffassung, daß dies, selbst wenn Ihr irrtümlich Eure Angriffe dieser Art gegen unsere Partei für gerechtfertigt haltet, kein Grund sein kann, von vorneherein eine Aktionseinheit abzulehnen.

In Eurem letzten Brief schriebt Ihr, daß dies der letzte Brief gewesen sei, den Ihr beantwortet, wenn wir uns nicht an die minimalen Höflichkeitsformeln halten (wir hatten den Brief an die Organisation Rote Fahne, nicht an die KPD adressiert). Unserer Meinung nach ist dies zwar nicht nur eine Frage der Höflichkeit, sondern gibt unsere grundsätzliche Einschätzung wieder, daß Eure Organisation keine **kommunistische** Organisation ist. Wir werden die Richtigkeit dieser Einschätzung auch in Zukunft ständig belegen. Da Ihr aber auf der Anrede KPD besteht und sonst auf keinen Fall auf eine Aktionseinheit eingehen wollt, machen wir in dieser Frage hier einen Kompromiß, um die Aktionseinheit zu ermöglichen. Diesen Kompromiß halten wir für zulässig, weil sich nicht anhand dieses Briefes oder auch gemeinsamer Aufrufe, sondern im ideologischen Kampf und in der Praxis des revolutionären Klassenkampfes herausstellen wird, wer die **kommunistische** Partei in einem Land ist oder wer nicht. So wie sich bei der ehemaligen Gruppe Rote Fahne Bochum bereits herausgestellt hat, daß sie nie die **kommunistische** Partei war, als die sie sich auszugeben versuchte.

Genossen, wir fordern Euch hiermit noch einmal auf, mit uns über die Bildung einer revolutionären Aktionseinheit zum Roten 1. Mai 1974 in Verhandlungen zu treten. Der Überbringer dieses Briefes wird Euch dazu konkrete Vorschläge machen.
Vorwärts zum ROTEN 1.Mai 1974!
Mit kommunistischem Gruß
i.A. des Präsidiums der KPD/ML
Dieter Stoll.

FREISPRUCH FÜR NORBERT OSSWALD UND MICHAEL SCHULTE!

Ein Jahr Gefängnis mit Bewährung und eine zusätzliche Geldstrafe forderte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer am 29.3. 1974 gegen die Genossen Norbert Oßwald und Michael Schulte, weil sie als Mitglieder der ehemaligen "Gruppe Rote Fahne Bochum", die sich unberechtigterweise "KPD/ML" nannte, einer "kriminellen Vereinigung" angehört hätten.

Dieser Prozeß war und ist nichts anderes als ein Angriff auf die KPD/ML, ein Angriff auf die Partei der Arbeiterklasse. Schon die Anklageschrift hatte versucht, unsere Partei und die frühere "Gruppe Rote Fahne Bochum" in einen Topf zu werfen. Mit dieser Organisation sollte auch die KPD/ML zur "kriminellen Vereinigung" abgestempelt und verboten werden.

Im Kampf gegen diese Illegalisierungsversuche hat die Partei zweifellos Erfolge errungen. Die Bourgeoisie war gezwungen, unsere Partei nach dem Parteiengesetz anzuerkennen und zur Bürgerschaftswahl in Hamburg zuzulassen. Damit wurde der Versuch, die Kommunistische Partei per Gerichtsbeschluß zur "Kriminellenbande" zu erklären und zu verbieten, erst einmal zurückgeschlagen. Dieser Sieg der Partei konnte im Prozeß gegen die Genossen Oßwald und Schulte gefestigt werden. Das Gericht war gezwungen, klar anzuerkennen, daß die KPD/ML auch nach bürgerlichem Recht eine Partei ist.

Aber lassen wir uns nicht täuschen: Jede Verurteilung von Norbert Oßwald und Michael Schulte ist ein neuer Vorstoß der Bourgeoisie in diese Richtung! Jedes andere Urteil als "Freispruch" ist ein Angriff auf die Arbeiterbewegung, auf alle revolutionären Organisationen, vor allem aber auf die Kommunistische Partei! Auf der Grundlage eines solchen Urteils würde die Bourgeoisie Hunderte von Genossen vor Gericht zerren. Auf der Grundlage eines solchen Urteils würde sie neue Kriminalisierungsversuche gegen die Partei starten. Ein solches Urteil soll die Arbeiterklasse verwirren, soll der bürgerlichen Propaganda gegen die KPD/ML neue Nahrung geben.



Zugleich ist dieser Prozeß ein offener Angriff auf den Marxismus-Leninismus. Verurteilen will die Bourgeoisie die revolutionäre Theorie über die bewaffnete Revolution, über die Diktatur des Proletariats. Dieser Punkt was das zweite zentrale Thema des Prozesses. "Die Angeklagten wollen ein Gewaltmonopol der Mehrheit über Minderheiten" zeterte der Staatsanwalt. Zeugenaussagen über die VR China, die bewiesen, daß allein unter der Diktatur des Proletariats Freiheit und Demokratie für das Volk und blühender Fortschritt gesichert sind, ließ er nicht gelten: "Heute in China – das ist das befriedete Endstadium. Was uns interessiert ist die Zeit während und nach der Revolution."

Dabei zeigte der Prozeß klar und deutlich, was hinter diesen Angriffen der Bourgeoisie steckt: "Strafmildernd ist anzuführen, daß heute die Lage nicht reif ist für einen bewaffneten Aufstand", hieß es in der Anklageschrift und im Plädoyer des Staatsanwaltes. Ein offenes Eingeständnis, daß die Bourgeoisie weiß, daß sie vor dem Abgrund steht, daß die Arbeiterklasse sie zerschmettern wird. Eine offene Drohung aber auch gegen die Partei, gegen die kämpfende Arbeiterklasse.

Die gleiche Angst steckte hinter den Terrormaßnahmen, die während der letzten Prozeßtage noch einmal verschärft wurden: Sämtliche Anträge auf Wiederzulassung der Öffentlichkeit wurden abgelehnt. Genossen Oßwald, der die Partei mutig verteidigte und die Machenschaften der Klassenjustiz entlarvte, wurde mehrmals Ordnungsstrafe angedroht. Als Genosse Karl Klingemann, der bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg für die Partei kandidiert hatte, sich weigerte, als Zeuge andere Revolutionäre zu denunzieren, hätte ihn der Staatsanwalt, wie er selbst sagte, am liebsten gleich in Beugehaft genommen. Günther Wagner, den die Polizei im letzten Herbst im Betrieb verhaftete und mehrere Wochen verschleppte, ohne daß selbst seine engsten Angehörigen informiert wurden, durfte nicht als Zeuge für die zunehmende politische Unterdrückung aussagen. Vom konsequenten Kampf der Partei um seine Freilassung, vom Sieg im Kampf gegen seine Entlassung im Betrieb wollte das Gericht nichts hören. Am 3. April wird der Prozeß fortgesetzt. Wahrscheinlich ist an diesem Tag mit der Urteilsverkündung zu rechnen. Verstärken wir unseren Kampf! Weisen wir alle Kriminalisierungs- und Diffamierungsversuche der Bourgeoisie gegenüber der KPD/ML noch entschlossener zurück!

Freiheit für Oßwald und Schulte!

Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!

Hände weg von der KPD/ML!

Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi!

Mehr als 10.000 fortschrittliche Menschen haben inzwischen mit ihrer Unterschrift gegen die Verurteilung und geplante Ausweisung des Genossen Sascha protestiert. Die Ortsgruppe München der Partei, die täglich zusammen mit dem Komitee "Einbürgerung für Sascha" Propagandastände in der Stadt errichtet, meldet großartige Erfolge.

Sascha Haschemi ist Sohn einer Deutschen und eines Iraners. Deshalb besitzt er die iranische Staatsbürgerschaft, obwohl er niemals in Persien war. Weil Sascha Kommunist ist und in den Reihen der Roten Garde für die Interessen der Arbeiterklasse kämpft, will ihn die Bourgeoisie ausweisen.

Die Tatsache, daß bis heute Kinder einer deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters automatisch die Staatsangehörigkeit des Vaters erhalten, ist ein Ausdruck dafür, daß in der kapitalistischen DBR die Gleichberechtigung der Frau nach wie vor nur auf dem Papier steht. Der neue Gesetzentwurf, nach dem diese Kinder auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, ist ein Sieg im Kampf um die Gleichberechtigung der Frau. Das hießt aber keineswegs, daß Genosse Sascha außer Gefahr wäre, wenn dieses Gesetz von Bundestag und Bundesrat gebilligt wird! Denn Sascha ist Kommunist. Mit allen Mitteln wird die Bourgeoisie hier wie überall versuchen, ihre eigenen Gesetze zu brechen, wenn ihr das im Kampf gegen die Arbeiterbewegung nützt. Verstärkt wird sie versuchen, Sascha, der wegen der drohenden Ausweisung untergetaucht ist, noch zu schnappen, ehe ein solches Gesetz gültig wird, um ihn abzuschieben.

Der Kampf um Saschas Einbürgerung muß verstärkt fortgesetzt werden!

Anklage gegen Soldatenzeitung

Kampf dem Militarismus!

Die Münchner Staatsanwaltschaft hat gegen den Genossen Peter S. Anklage erhoben, der für die 1. Ausgabe der Zeitung Soldatenfaust presserechtlich verantwortlich zeichnete. Nicht zufällig macht die Bourgeosie gerade dieser Zeitung, die nach der 1. Ausgabe von Parteifeinden weitergeführt wurde, den Prozeß, um die kommunistische Agitation und Propaganda unter den immer mehr aufbegehrenden Soldaten zu verbieten.

Der Widerstand in der Bundeswehr wächst – das muß auch die Bourgeoisie zugeben. Der Wehrbeauftragte des Bundestages bezeichnete in seinem Jahresbericht vor dem Parlament die Zunahme von "eigenmächtiger Abwesenheit, Fernbleiben vom Dienst, Fahnenflucht" usw. als "besorgniserregend". Zugleich aber versuchte er auch die Sache herabzuspielen: wachsender Widerstand gegenüber Vorgesetzten wie "Ungehorsam, Bedrohung und Nötigung, tätlicher Angriff und Meuterei" seien Ergebnis von steigendem Alkoholkonsum. Selbstverständlich weiß die Bourgeoisie genau, daß der Alkohol nicht Ursache für den wachsenden Widerstand ist, sondern daß der Alkohol eine wichtige Waffe der Bourgeoisie ist, um den Widerstand auch in der Bundeswehr niederzuhalten. Das ist auch der Grund, warum die Bourgeoisie nicht etwa gegen steigenden Alkoholkonsum in der Bundeswehr kämpft, sondern gegen diejenigen, die gegen die Flucht in den Alkohol auftreten, die den offenen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Militärapparat propagieren – die Kommunisten.

Angesichts des wachsenden Widerstandes in der Bundeswehr fürchtet die Bourgeoisie nichts mehr als daß die kommunistische Agitation und Propaganda unter den Soldaten Fuß faßt. fürchtet sie nichts mehr, als daß die Kommunisten in der Bundeswehr den tausendfachen spontanen Widerstand der Soldaten gegen diesen Vorgesetzten und jene Dienststelle zusammenfassen und ihnen den gemeinsamen Feind weisen – die westdeutschen Imperialisten und ihren Militärapparat.

In ihrem konterrevolutionären Vorgehen gegen diese kommunistische Agitation und Propaganda unter den Soldaten hat die Bourgeoisie ihre Justizbüttel nicht zufällig auf die Zeitung Soldatenfaust angesetzt. Diese Zeitung wurde nach der 1. Ausgabe von Parteifeinden okkupiert, die versuchten, den antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr zu beschränken auf den Kampf gegen einzelne Vorgesetzte, und die unsere Partei bekämpften, weil sie den Soldaten in der Bundeswehr den revolutionären Ausweg wies.



Indem sie gerade dieser Zeitung den Prozeß macht, hofft die Bourgeoisie leichtes Spiel zu haben, Parolen unserer Partei wie: Im Ernstfall die Gewehre umdrehn! und: Krieg dem imperialistischen Krieg! zu kriminalisieren.

Unsere Partei aber wird erst recht den Kampf aufnehmen unter der Losung: Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda! Sollte die Bourgeoisie aber unsere revolutionäre Arbeit unter den Soldaten verbieten – die Entwicklung kann die Bourgeoisie nicht aufhalten: Der Widerstand der Arbeiter- und Bauernsöhne in der Bundeswehr wird weiter zunehmen, unsere Partei wird ihre Agitation und Propaganda in der Bundeswehr weiterhin verstärken – und was für die Bourgeoisie tödlich sein wird: **Die Söhne der Werktätigen in der Bundeswehr und ihre Kommunistische Partei, die KPD/ML, werden im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus immer mehr verschmelzen. Im Ernstfall wird es heißen: die Gewehre umgedreht.**



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

HAMBURG:
Am 23. 3. 74 versammelten sich über 100 Freunde und Genossen zu einer Protestveranstaltung gegen die geplante Auslieferung des Genossen Sascha. Bereits am Vormittag waren an zehn Literaturständen in sämtlichen Hamburger Arbeitervierteln über 100 Unterschriften gesammelt worden, 28 neue kamen am Abend dazu.

DARMSTADT:
Am 23. 3. 74 demonstrierten mehrere hundert türkische und deutsche Arbeiter, Werktätige, Schüler und Studenten gegen die Ausweisung des türkischen Patrioten Vahab Aslan. Aufgerufen zur Demonstration hatte das "Komitee gegen die Verfolgung und Unterdrückung fortschrittlicher Ausländerorganisationen", das von der KPD/ML unterstützt wird.

KIEL:
Am 19.2.74 wurde Genosse R.v.K. vom Kieler Amtsgericht wegen "Beleidigung" zu 300 DM Geldstrafe verurteilt. Genosse R. war vor einiger Zeit in einem Verfahren wegen "Nötigung und Hausfriedensbruch" "mangels Beweisen" freigesprochen worden, weil er nachweislich 2,5 km von dem Ort entfernt war, an dem er angeblich an einem Go-In beteiligt gewesen sein soll. Anzeige zu diesen Verfahren war erstattet worden von einem Staatssekretär des Kultusministeriums. Um zu zeigen, daß die Kultusbehörden selbst die Klassenjustiz gegen die fortschrittlichen Studenten gehetzt hatten, wurde unter anderem Stoltenberg als Zeuge geladen. Er wie auch die beiden anderen drückten sich. Als das Gericht das bekanntgab, rief der Genosse: lichtscheues Gesindel. Wegen dieses Zwischenrufes erhielt der Genosse einen Strafbefehl über 500 DM, gegen den er Berufung einlegte.

Wegen dieser laufenden Verfahren wurde dem Genossen außerdem die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Die Schulbehörden waren allerdings zu feige, den wahren Grund zu nennen. Stattdessen hieß es nach einigem Hin und Her: "Sehen Sie sich schon mal nach einer anderen Arbeit für lange Zeit um, ihre Akten sind bei einer Behörde, deren Namen ich nicht nennen kann, die aber keinen Umgang mit dem Publikum hat." !!!

Gegen diese politische Unterdrückung fortschrittlicher Lehrer hat der KSB/ML den Kampf aufgenommen. Innerhalb von zwei Tagen wurden 380 Unterschriften im Gerichtssaal und an der Uni gesammelt, dazu 91 DM. Der Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher in der GEW spendete 81 DM.

BREMEN:
Am 22. 3. 74 führte die KPD/ML in Bremen eine Demonstration gegen die zunehmenden Angriffe auf die Partei, aber auch auf fortschrittliche Kollegen durch. In die Demonstration mit den Parolen: Freiheit für Oßwald und Schulte! Sofortige Einbürgerung des Genossen Haschemi! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda! Vorwärts mit der KPD/ML! – reihten sich auch viele ehemalige Genossen des KBW ein. Über 170 DM wurden gesammelt.

Berichtigung:

Meinhard S., den wir für den ROTEN MORGEN 8/74 interviewten, hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß eine seiner Äußerungen falsch wiedergegeben wurde. Meinhard S. wurden beim Einstellungsgespräch im Oberlandesgericht Hamm die Personalakten nicht vorenthalten, er konnte vielmehr flüchtig Einblick in die Akten nehmen.

Der Bericht über die antifaschistische Aktion in Gießen im RM Nr. 12, Seite 8, enthält in zwei Punkten eine falsche Darstellung, zu denen die Ortsgruppe Gießen hiermit Selbstkritik übt.

1. Die Art und Weise der Darstellung übertreibt. Es wird der Eindruck erweckt, als wäre es gelungen, die Faschisten allesamt zu vertreiben, als wäre die Polizei sehr massiv aufgetreten.

2. Das Verhalten der GRF wird verfälscht dargestellt: Die Genossen der Partei hätten aufgefordert, den Saal zu stürmen, der GRF wäre es vielmehr gelungen, eine Demonstration durchzusetzen
In Wirklichkeit war es die Partei, die die Demonstration durchsetzte, was auch angesichts der taktischen Lage vollkommen richtig war. Einzig ein Vertreter der GRF, der noch nicht einmal von den GRF-Genossen unterstützt wurde, rief zum Sturm auf den Saal auf.

Mit Arsen und Blei die Umwelt vergiftet

Klassenjustiz deckt die Verbrecher

Düsseldorf: Seit einigen Tagen wird der Prozeß gegen einige Fuhrunternehmer verhandelt, die 4.000 Tonnen Giftmüll auf öffentlichen Müllhalden ablagerten und dadurch die Bevölkerung gefährdet haben.
Umweltverschmutzer vor Gericht? Kapitalisten vor dem Kadi? Ist die bürgerliche Klassenjustiz plötzlich in den Dienst des Volkes getreten?
Nein! In Düsseldorf wird ein großer Schauprozeß abgezogen, um die Wut der Bevölkerung über die kapitalistischen Umweltverbrecher zu beschwichtigen. Aber was sich da im Gerichtssaal abspielt, zeigt: Die Kapitalisten scheuen nicht zurück vor tausendfachem Mord aus Profitgier. Die Klassenjustiz deckt und vertuscht ihre Verbrechen. Und der bürgerliche Staat zahlt aus Steuergeldern der Werktätigen drauf, um das große Geschäft der Kapitalisten noch größer zu machen.

Vor zwei Jahren erhielt das Fuhrunternehmen "CZ Entsorgungs-GmbH" von der Zinkhütte in Nievenheim den Auftrag, hochgiftigen Industriemüll abzutransportieren. 4.000 Tonnen Schlamm lagerte das Fuhrunternehmen daraufhin auf öffentlichen Müllhalden in Köln, Hohenlimburg, Frechen und anderen Städten ab, Schlamm, der Arsen und Blei enthielt. Die Menge hätte ausgereicht, die gesamte Menschheit auszurotten. Badeseen, in denen im Sommer Kinder toben, der Rhein waren bedroht. Teilweise sickerte das Gift bereits ins Grundwasser. Das ist nichts anderes als tausendfacher Mordversuch.



Gabriele Kröcher-Tiedemann erhielt für Mordversuch an einem Polizisten acht Jahre Gefängnis. Die Justiz, die gegen Revolutionäre brutal zuschlägt, ist Kapitalisten ein milder Richter: Die versuchten Mörder aus Profitgier von Düsseldorf wurden nur angeklagt wegen "Verstoß gegen das Umweltschutzgesetz und Betrug". Höchststrafe: Fünf Jahre. Von Untersuchungshaft war nie die Rede. Während die Staatsanwaltschaft ermittelte, machten sie weiter ihre schmutzigen Geschäfte mit Giftmüll, ihre Fuhrunternehmerlizenz konnten sie behalten. Und nicht nur das: An den 4.000 Tonnen Arsenschlamm verdiente das Fuhrunternehmen gleich zweimal: Der Giftmüll in den Städten wurde nicht etwa auf Kosten der Angeklagten beseitigt! Den Abtransport und die sichere Lagerung zahlten die betroffenen Gemeinden – aus Steuergeldern. Ein fetter Auftrag! Die Herren Stadt-"väter" vergaben ihn an den gleichen Fuhrunternehmer, der den Schlamm wenige Wochen vorher auf die öffentlichen Müllhalden gekippt hatte.

Aber das ist noch lange nicht alles, was die Justiz und der bürgerliche Staat für solche Volksfeinde tut! Die wahren Schuldigen sitzen auch in Düsseldorf nicht auf der Anklagebank. Der Zorn des Volkes wird abgelenkt auf einige "kleine Fische" - Fahrer der Laster etwa. Die Zinkhütte in Nievenstein, bei der sich vor zwei Jahren über 25 000 Tonnen hochgiftigen Müll angesammelt hatte, der große Kapitalist, bleibt ungeschoren, Dabei ist heute längst klar, daß der Giftmüll auch auf der Hütte selbst in unverantwortlichster Weise gelagert war und Menschenleben gefährdete: In der Nähe einer Wasserversorgungsanlage und eines Badesees. Dabei ist längst klar, daß die Manager der Zinkhütte, die heute von nichts gewußt haben, genau Bescheid wußten, daß ihrer Profitgier die billige Lagerung auf öffentlichen Müllplätzen gerade recht kam: Als der Schwindel der Fuhrunternehmer aufflog, als sich herausstellte, daß das Gift nicht sicher gelagert wurde, da riefen die Kapitalisten der Zinkhütten nicht etwa nach Polizei und Staatsanwalt. Da verhandelten sie über einen neuen Vertrag mit günstigeren Geschäftsbedingungen. Daß tausende von Menschenleben bedroht waren, das war diesen Herren egal. Hauptsache, sie konnten daran verdienen.

Bestrafung von volksfeindlichen Verbrechern? Der Prozeß in Düsseldorf beweist das Gegenteil! Die Justiz ist nichts anderes als ein williges Werkzeug dieser Verbrecher selbst.

BESTELLSCHEIN

An den

Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526



Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ◯ B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße................................

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

PARTEIBÜROS:

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.
Öffnungszeiten: Sa 9 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137.

HANNOVER:
Elisenstr. 20

Kiel:
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen ROTER MORGEN, 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen ROTER MORGEN, 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.

DÜSSELDORF:
Sofortige Freilassung der spanischen Antifaschisten!

Am 4. 3., kurz nach der Ermordung des Revolutionärs Puig Antich, wurden in Düsseldorf drei Spanier verhaftet, weil sie angeblich einen Anschlag auf ein spanisches Reisebüro verübt hatten.
Seitdem sind sie unter strengsten Bedingungen in Düsseldorf in Haft. Darüberhinaus wurde die hochschwangere Frau eines der spanischen Antifaschisten aus dem Betrieb entlassen und aus der Wohnung geworfen. Täglich droht den drei spanischen Antifaschisten die Auslieferung an das yankee-frankistische Regime in Spanien.

Gegen diese konterrevolutionäre Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten mit dem yankee-frankistischen Regime demonstrierten am 30. 3. in Düsseldorf rund 250 Menschen.

Polizeikräfte aus ganz NRW waren zusammengezogen worden. Als die Genossen der KPD/ML die Parole ausgaben: "Franco-Mörder, Brandt-Komplize!" drohte die Polizei sofort, die Demonstration aufzulösen. Besonders bedroht waren die ausländischen Genossen der FRAP und der Organisation griechischer Marxisten-Leninisten. Während es für die Genossen der KPD/ML keine Frage war, daß diese Genossen vor dem Zugriff der Polizei geschützt werden mußten, erklärte ein Liga-Führer: "Euch haben wir es ja zu verdanken, wenn die Polizei zuschlägt, bei Euren Parolen müssen die ja eingreifen!" !!!

Die Demonstration endete an dem Gefängnis, in dem die spanischen Antifaschisten eingekerkert sind. Die Polizei hatte alles abgeriegelt und ein Riesenaufgebot zusammengezogen. Ein spanischer Genosse trat im Schutz der anderen Genossen trotzdem mutig auf und richtete kämpferische Worte an die Gefangenen.

Auf der anschließenden Veranstaltung gab es besonders herzlichen Beifall für die Beiträge der spanischen Genossen, in denen sie von den revolutionären Kämpfen der spanischen Volksmassen berichteten, die sich unter der Führung der Antifaschistischen, Revolutionären und Patriotischen Einheitsfront und unter Führung der PCE/ML immer entschlossener gegen das yankee-frankistische Regime richten.

Wer sind die Kommunisten?

Wie auch in vielen anderen Städten haben sich in Mainz fortschrittliche Jugendliche zusammengeschlossen und die Forderung nach einem Jugendzentrum aufgestellt. Am 16.3. demonstrierten rund 250 Jugendliche für die Durchsetzung dieser Forderung.

Einen Tag vorher erschien in einer Mainzer Zeitung eine große Anzeige der D"K"P mit der Überschrift: "WER SIND DIE KOMMUNISTEN?" Für die D"K"P sind Aktionen wie in Frankfurt und auch die Demonstration in Mainz "provokatorische Aktionen, die direkt die Konfrontation mit der Polizei suchen", Aktionen von "linksextremistischen Miesmachern", "revoluzzerhaften Maoisten".

Demagogisch behauptet die D"K"P, sie besitze "konstruktive Vorschläge für die brennenden Probleme" der Mainzer Bevölkerung. Über diese Probleme allerdings wird in der Anzeige kein Wort verloren. Stattdessen heißt es am Schluß: "Wir rufen daher alle fortschrittlichen Jugendlichen auf: Lassen Sie sich nicht provozieren, machen Sie allen rechten und scheinlinken Gegnern der arbeitenden Bevölkerung einen Strich durch die Rechnung." Womit die D"K"P ihr brennendstes Problem klargelegt hat: Den Kampf gegen die Kommunisten, den Kampf gegen den revolutionären Klassenkampf.

Schützenhilfe bei ihren konterrevolutionären Zielen erhielt die D"K"P am 16.3. bei den Opportunisten des "K"BW, von der Gruppe Rote Fahne und den sogenannten "Marxisten–Leninisten".

Sie verkündeten per Lautsprecher, sie wollten auf keinen Fall "Frankfurter Zustände" auf Mainz übertragen und hätten mit der Polizei abgesprochen (!), daß man sich auf gar keinen Fall "gegenseitig provozieren werde, Helme usw. seien sofort abzugeben. Auch dürften "keine roten und schwarzen Fahnen" mitgetragen werden.

Die Genossen der Partei und der Roten Garde, die sich mit den Jugendlichen solidarisiert hatten, waren mit einer Parteifahne gekommen. Mit allen Mitteln versuchten einige Opportunistenführer, die Genossen mit der Fahne von der Demonstration abzudrängen und die Fahne zu zerstören. Sie hatten jedoch keinen Erfolg. Die Genossen verkauften 25 Rote Morgen und konnten in vielen Gesprächen den Opportunismus dieser Führer, der sich hier klar antikommunistisch äußerte, entlarven und neue Kontakte knüpfen.

Parteiveranstaltungen

MÜNCHEN:
Veranstaltung zum 5. Jahrestag der KPD/ML, Landesverband Bayern und zur nationalen Frage.
Es spricht der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust. 27. 4. 1974, Beginn: 14.00 Uhr, Vollmar-Haus, Oberanger 38, Nähe Sendlinger Torplatz.

BIELEFELD
"Die Beteiligung der KPD/ML an den Bürgerschaftswahlen", 11.4.74, 19.00 Uhr, Gaststätte "Zur Rasenbank", Walter-Rathenaustr. 69.
"Umweltverschmutzung hier – Umweltschutz im sozialistischen China und Albanien", 18.4.74, Gaststätte "Zur Rasenbank", 19.00 Uhr.

HEIDENHEIM:
"Deutschland dem deutschen Volk", Veranstaltung der KPD/ML, 31. 3. 1974, 15.30 Uhr, im "Posthorn".

HINWEIS

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt ein Extrablatt gegen den Mitbestimmungsschwindel bei.